

# Der Zimmerer.

Organ des Verbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich Sonnabends.

Preis pro Quartal ohne Bestellgeld Mk. 1,50. Anzeigen: die dreispaltige Zeile oder deren Raum 30 Pf., für Versammlungsanzeigen 10 Pf. pro Zeile.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Bringmann, Hamburg. Redaktion, Verlag und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Fehlfeldstraße 28, I.

Nr. 4.

Hamburg, den 23. Januar 1897.

9. Jahrgang.

## Lohnbewegung.

Gestreift wird in Begeßack und Teterow. Plasperrren sind verhängt in: Essen über Dressel's Platz; Hannover über die Bauten des Zimmermeisters Rohde; Lahr in Baden über das Langenbach'sche Geschäft.

Der Bezug ist von vorstehenden Plätzen strenge fern zu halten.

NB. Ueber den Stand der Streiks resp. Plasperrren muß mindestens alle 14 Tage einmal ein Bericht bei der Redaktion eingehen, sonst bleibt die Warnung vor Bezug an dieser Stelle fort.

## Aufforderung.

Alle diejenigen Mitglieder, denen der augenblickliche Aufenthalt der früheren Mitglieder August Wisniewski (Nr. 7188) und Adolph Jaroszczynski (Nr. 7787) bekannt ist, werden ersucht, dieses sofort dem Unterzeichneten mitzutheilen. Ersterer war Kassirer der Zahlstelle Saarbrücken, letzterer Kassirer der Zahlstelle Oberhausen.

Sollten etwa in einzelnen Zahlstellen noch reichlich Statuten vorhanden sein, welche voraussichtlich nicht gebraucht werden, so ersuche ich, diese umgehend hierher zurücksenden zu wollen.

Das im „Zimmerer“ Nr. 2 als verloren gemeldete Mitgliedsbuch Nr. 15049, Fr. Kaffner, sowie die dazu gehörige Reiselegitimation haben sich wieder angefund und sind dem Eigenthümer zur weiteren Benutzung wieder übergeben worden. Die Kassirer und besonders die Auszahler der Wanderunterstützung werden ersucht, hierauf Bezug nehmen zu wollen.

Nachdem unsere Aufforderung im „Zimmerer“ Nr. 2, die statistischen Fragebogen betreffend, fast ohne jeglichen Erfolg war, ersuchen wir die nachbenannten Zahlstellen nochmals recht dringend, den ausgefüllten Fragebogen **schleunigst einzusenden**. — Altona, Barmen, Boizenburg, Cuxhaven, Crimmitschau, Coburg, Delmenhorst, Diesdorf, Dirschau, Dresden, Driesen, Friedland, Friedrichsberg, Fürth, Geringswalde, Hagen, Hastedt, Hilbesheim, Heidingsfeld, Jena, Langfuhr, Lehe-Geestemünde, Lichterfelde, Ludwigshafen, Malchow, Marienburg, Münster, Mainz, Mülheim a. Rh., Neubuckow, Neugersdorf, Neustadt i. M., Oberhausen, Oldenburg, Osnabrück, Pankow-Nieder-Schönhausen, Parchim, Pinneberg, Pirna, Plauen, Rehna, Reichenhall, Saarbrücken, Sangerhausen, Sonneberg, Uetersen, Versbach, Walsrode, Wilhelmsburg.

Die neugegründete Zahlstelle Schwiebus ist zur Wahl eines Delegirten zur Generalversammlung der 39. Wahlabtheilung, die Zahlstelle Schwefingen der 72. Wahlabtheilung zugewiesen worden.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Namen der Kandidaten dem Unterzeichneten bis spätestens den 8. Februar gemeldet sein müssen.

**Der Verbands-Vorstand.**

J. A.: Fr. Schrader, Vorsitzender.

## Bauarbeiter Badens, seid auf der Hut!

Die von den Bauarbeitern Dresdens bei dem Reichsamt des Innern eingereichte Denkschrift hat Anlaß gegeben, daß sich Kreise mit den darin angeregten Fragen beschäftigen, die sich sonst noch fest zugeknöpft verhalten würden. Nach einem süddeutschen Blatte „beabsichtigt das badische Ministerium des Innern, eine Prüfung darüber eintreten zu lassen, ob nach Lage der Verhältnisse im Großherzogthum Baden ein Bedürfnis zu einem verstärkten Schutz der Bauarbeiter anzuerkennen ist und welche Maßnahmen etwa zu diesem Zwecke in Aussicht zu nehmen wären“.

Trifft das zu — und wir zweifeln daran nicht —, dann hängt es einzig und allein von der Bethätigung der Bauarbeiter Badens ab, ob für sie etwas dabei herauskommt. Es ist ja eine altbekannte Sache, daß sich die Regierungen bei Umfragen an die Arbeiter selbst nicht wenden, sondern nur an deren Ausbeuter, und wir gehen wohl kaum fehl, wenn wir annehmen, daß auch das badische Ministerium des Innern die Arbeiter unbehelligt lassen wird. Will das Ministerium aber von den Arbeitern nichts wissen, so ist das für diese kein Grund, nun auch zu schweigen, sondern im Gegentheil, sie sollten ihre Klagen über die Mißstände in Baubetrieben recht laut vernehmen lassen.

Es ist durchaus an der Zeit, daß die Bauarbeiter Badens eine Enquete über die Mißstände in Baubetrieben veranstalten, um rechtzeitig gerüstet zu sein. Im badischen Landtage haben sich die Arbeiter bereits Sitz und Stimme erobert und die Landtagsabgeordneten könnten, gestützt auf das Resultat der angebotenen Enquete, ein gewichtiges Wort in die Waagschale werfen.

Die Umfrage des Ministeriums wird sich darauf erstrecken, die bestehenden Schutzbestimmungen für Bauarbeiter in Erfahrung zu bringen, und da wird es den Bauarbeitern leicht sein, nachzuweisen, daß dieselben ganz ungenügend sind und überdies nicht einmal innegehalten werden. Außerdem soll eine Prüfung stattfinden, ob die offenen Winterbauten und das Trocknen der Bauten durch offene Roastkörbe als Mißstände empfunden werden. Auch in Hinsicht der Baubuden und Bedürfnisanstalten werden Erkundigungen eingegeben werden. Die auf diesem Gebiet existirenden ungeheuerlichen Zustände geniren natürlich Leute nicht, an die sich das Ministerium voraussichtlich wenden wird, sie sind für die Bauarbeiter aber unerträglich, und deshalb vorwärts an die Arbeit — heraus mit der Sprache!

In den größeren Orten Badens, als Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Heidelberg usw., sollten die Bauarbeiter möglichst schnell zu der Sache Stellung nehmen, Personen mit der Veranstaltung einer Enquete betrauen und dann das Resultat bekannt geben. Je schneller und energischer gearbeitet wird, um so sicherer müssen die Bauarbeiter gehört und berücksichtigt werden.

## Die englischen Trades-Unions.

Der achte Bericht von Mr. Burnett, Korrespondent des Labour Departements, ist erschienen und behandelt die beiden Jahre 1894

und 1895. Daß er so spät erschienen ist, mag wohl daran liegen, daß man bei der Gründung des Labour Departements nicht wußte, welche schwere Arbeit man ihm auferlegte. Im ersten Berichte wurden nur 18 große Trades-Unions behandelt, und jetzt werden Berichte von 1250 Unions mit 1300104 Mitgliedern und einem Rassenbestande von M. 38775180 an das Labour Departement gesandt. Die vorliegende Arbeit muß sehr schwierig gewesen sein, denn der Bericht behandelt nur 100 große Trades-Unions, die 68 Prozent der Mitglieder und 80 Prozent des Rassenbestandes repräsentiren. Von den bestehenden Unions sind nur 573 im Trades-Unions Akt registriert. In den Bau-, Metall-, Mechaniker-, Schiffbau-, Schneider-, Transport- und in den allgemeinen Arbeitergewerkschaften sind 853997 Mitglieder eingeschriebener Unions, und nur 14426 Mitglieder gehören nicht eingeschriebenen Unions an. Die Textil-, Buchdrucker-, Papier-, Buchbinder-, Glasarbeiter- und Lederwerke haben nur 106 eingeschriebene Unions mit 93638 Mitgliedern, gegen 219 nicht eingeschriebene Unions mit 171287 Mitgliedern. Der Bericht sagt:

„Die Gruppe der Gewerke, welche die größte Mitgliederzahl umfassen, sind die Bergwerke und Steinbrüche mit 268384 Mitgliedern. Dann folgt die Gruppe der Metallarbeiter, Mechaniker und Schiffbauer mit 243069, die Textilgewerke mit 197035 und die Baugewerke mit 186605 Mitgliedern.“

Diese vier Industriegruppen umfassen 716 Unions mit 895093 Mitgliedern oder 67 Prozent der gesammten Mitgliedschaft der Trades-Unions. Von dem Rest gehören an:

Transport auf dem Lande und Wasser.	111 084	Mitgl.
Bekleidungsindustrie	88 823	„
Landarbeiter und Tagelöhner	75 458	„
Buchdrucker und Papiergewerbe	48 674	„
Tischler und Holzarbeiter	26 086	„
Glas-, Porzellan- und verw. Gewerke	19 216	„
Nahrungsmittel- und Tabakgewerbe	17 442	„
Gemischte Industriezweige	53 228	„

Es ist schwierig, dem genauen Wachsthum und der Abnahme der Mitgliederzahl in den verschiedenen Gruppen zu folgen. Die folgende Tabelle von 100 Unions giebt einen Vergleich zwischen 1894 und 1895:

	Union in Gruppen	Mitglieder 1894	Mitglieder 1895
Baugewerbe	15	151602	152458
Metallarbeiter, Mechaniker und Schiffsbauer	14	184385	188149
Wagenbauer und Möbelerwerke	6	14850	15214
Bergwerke und Steinbrüche	13	202226	196499
Nahrungsmittel- u. Tabakgewerbe	3	8208	8918
Glas- und Ledergewerbe	3	5699	5735
Buchbinder u. Buchdrucker	7	34293	35994
Textilgewerbe	14	92850	90979
Bekleidungsindustrie	6	71813	67710
Transportgewerbe	10	88282	85234
Allgemeine Arbeiter	5	63390	58778
Maschinen- und Maschinenmacher	4	6298	6198
Summa	—	923896	911866

Eine ansehnliche Abnahme der Mitgliederzahl hat bei den Bergarbeitern stattgefunden. Im Allgemeinen haben die Gewerke, welche eine höhere Geschicklichkeit erfordern, eine Zunahme aufzu-



weisen. Die folgende Tabelle zeigt den finanziellen Stand der 100 Unions:

	Gesamt- einnahme M.	Gesamt- ausgabe M.	Rassenbestand am Ende des Jahres M.
1892.....	29057720	28332740	31676560
1893.....	32374560	36907740	27028120
1894.....	32486640	28737840	31021863
1895.....	31074100	28006720	34120840

  

	Einnahme pro Kopf M.	Ausgabe pro Kopf M.	Rassenbestand pro Kopf M.
1892.....	32,16 <sup>2</sup> / <sub>3</sub>	31,85	35,06
1893.....	35,98	41,02	30,05
1894.....	35,05	31,10	33,56
1895.....	34,08 <sup>1</sup> / <sub>3</sub>	30,70 <sup>1</sup> / <sub>3</sub>	37,43

Wie man sieht, war die Einnahme und Ausgabe pro Kopf niedriger in 1895 als in 1894, und da 1895 die Einnahme die Ausgabe wesentlich überschreitet, so hat der Rassenbestand während des Jahres eine Zunahme von M. 3 108 480 oder M. 3,41 pro Kopf zu verzeichnen. Der Rassenbestand war auf dem niedrigsten Punkt Ende 1893, als er auf M. 30,5 pro Kopf sank, die Ausgabe überstieg in diesem Jahre die Einnahme um M. 4 533 180 oder M. 5,5 pro Kopf. Aber 1895 nahm der Rassenbestand in jeder Gruppe zu, mit Ausnahme des Bekleidungsgebietes, wo er infolge des Schuhmacherstreiks sehr reduziert wurde. Die relative Prosperität der verschiedenen Gruppen erfährt man aus folgender Tabelle:

	Ausgabe pro Kopf 1894	Ausgabe pro Kopf 1895	Rassenbestand pro Kopf 1895
Baugewerbe.....	M. 30,95	M. 31,02	M. 30,60
Metallarbeits-, Mechaniker u. Schiffbauer.....	62,60	57,70	55,07
Wagenbauer und Möbel- gewerbe.....	40,33	38,68	43,08
Bergwerke u. Steinbrüche.....	23,92	19,10	24,18
Nahrungsmittel- und Tabakgewerbe.....	13,06	13,58	15,77
Glas- und Lebergewerbe.....	84,06	68,10	119,08
Buchbinder u. Buchdrucker.....	32,80	30,06	50,48
Textil-Industrie.....	20,82	22,62	56,22
Bekleidungsgebiete.....	19,20	35,52	14,10
Transportgewerbe.....	13,18	13,90	43,20
Allgemeine Arbeiter.....	10,75	11,18	6,02
Maschinen u. Büsten- macher.....	32,70	28,58	14,64
Summa.....	M. 31,10	M. 30,70	M. 37,45

Die Arbeitslosenunterstützung ergab eine Abnahme von M. 519 300 und die Streikunterstützung ergab eine Zunahme von M. 746 040, die Krankenunterstützung weist eine Zunahme von M. 740 000 auf, die Invalidenunterstützung M. 186 000 und die Begräbniskosten M. 124 740, aber die Verwaltungskosten waren 41 % niedriger pro Kopf. Eine wesentliche Zunahme der Streikunterstützung zeigen die Bergarbeiter-Unions — von M. 526 120 auf M. 1 314 180 —, hauptsächlich die Durham-Bergarbeiter-Assoziation, deren Ausgaben von M. 393 320 auf M. 1 028 520 stiegen. Der Schuhmacherstreik bedingte eine Zunahme der Ausgaben von M. 225 960 auf M. 1 294 240, und der Maschinenbauerstreik an der Clyde und in Belfast erhöhte die Streikausgaben von M. 471 840 auf M. 632 140.

Der Bericht enthält eine sehr interessante Tabelle der Sterblichkeit in den verschiedenen Gewerken; die auffallendste Tatsache ist die beständige Zunahme des durchschnittlichen Lebensalters. 1895 betrug es 49,10 Jahre gegen 48,04 im vorhergehenden Jahre und 48,73 im Jahre 1893. Jedoch ist das Durchschnittsalter in einigen Gewerken gefallen, so fiel es bei den Maurern von 47,04 auf 45,48, bei den Tischlern und Zimmerleuten von 58,11 auf 55,69, bei den Malern und Dekorateurern von 50,87 auf 43,46, bei den Klempnern von 42,17 auf 39,73 Jahre. Durch diesen Wechsel ist das Durchschnittsalter im Baugewerbe von 47,54 auf 46,96 Jahre gefallen. Aber in dem Metall-, Mechaniker- und Schiffbaugewerbe ist es von 49,59 auf 50,87, in dem Bekleidungsgebiet von 51,82 auf 52,58, in dem Buchbinder- und Buchdrucker-Gewerbe von 44,60 auf 45,42 und bei den Eisenbahnarbeitern von 43,41 auf 43,85 Jahre gestiegen. In den gemischten Gewerken ist ein Fallen von 54 auf 50,43 Jahre zu bemerken. Das höchste Durchschnittsalter von 59,22 Jahren ist unter den Korbmachern in Lancashire und Cheshire zu finden,

dann folgen die Schmiede und Stellmacher mit 58,07 und die Mitglieder der Weißglas-Arbeiter-Union mit 57,14 Jahren.

### Das Wesen des Klassenkampfes.

Wie Darwin den ganzen Mechanismus der Entwicklung der Arten in der Lehre vom Kampfe um's Dasein dargelegt hat, so ist durch den von Karl Marx begründeten wissenschaftlichen Sozialismus der Mechanismus der gesellschaftlichen Entwicklung auf das Gesetz des Klassenkampfes zurückgeführt worden.

„Alle Geschichte ist die Geschichte von Klassenkämpfen,“ in diesen wenigen Worten hat Marx den Kern seiner materialistischen Geschichtsauffassung angegeben und damit nicht nur auf den einzigen wissenschaftlichen Schlüssel für die Geschichte der Menschheit hingewiesen, sondern auch den politischen von dem unklaren utopistischen Sozialismus getrennt.

Die Entstehung der Lebewesen hat ihre Erklärung durch die Erkenntnis des Kampfes um's Dasein gefunden, und auch die Geschichte von der Entwicklung der Menschheit ist erst durch das Gesetz des Klassenkampfes verständlich geworden. Erst mit seiner Hilfe verstehen wir die Epochen der Wildheit, Barbarei und Zivilisation. Die wirtschaftlichen Kräfte, die Art der Produktion (Erzeugung) und Distribution (Vertheilung) bestimmen die moralischen, rechtlichen und politischen Begriffe.

„Die Lehre vom Klassenkampf,“ so bemerkt Professor Ferri, „bedeutet, daß die menschliche Gesellschaft wie jeder andere lebendige Organismus nicht eine homogene Masse, eine gleichförmige Summe mehr oder weniger zahlreicher undifferenzierter Individuen ist, sondern eine Organisation, die sich aus verschiedenartigen und mit der steigenden Entwicklung immer mehr differenzirten Theilen zusammensetzt.“ Im Urzustand der Menschheit, als von Produktion und Distribution noch wenig zu spüren, ist die Zusammensetzung des Volkes die denkbar einfachste. Die nomadisirende Horde der Wilden besteht aus wenigen Familien, die in bloßer materieller Gemeinschaft miteinander leben, während die unter der Herrschaft des Privateigentums lebenden Völker sich in verschiedene, durch Veranlagung, Tradition und Gewohnheiten scharf unterschiedene Klassen theilen.

So sehr man sich auch von gewisser Seite bemühen mag, diese Klassenscheidung zu bestreiten, sie ist feststehende Tatsache, so lange die Ursache der Verschiedenheit der Gesellschaftsklassen nicht beseitigt ist. Den Grund der Klassenscheidung aufgedeckt und uns verständlich gemacht zu haben, ist das große Verdienst von Karl Marx.

Wohin wir auch in der Geschichte blicken, die letzte Ursache aller Kämpfe und Leiden im Leben der Kulturmenschen ist der Gegensatz zwischen der Minderheit der bevorrechteten Inhaber der Produktionsmittel und der Mehrheit der Besitzlosen.

Mit Ausnahme der im Urzustande lebenden Menschen, die noch kein Privateigentum kannten, sind Patrizier und Proletarier, Lehnsherr und Leibeigener, Adel und Volk, Bourgeoisie und Lohnarbeiterklasse, nichts weiter als verschiedene Bezeichnungen für die Tatsache: Vorrechte und Reichtum auf der einen, produktive Arbeit und Armuth auf der anderen Seite.

Es handelt sich aber nun darum — will man die Bedeutung des Gesetzes vom Klassenkampf richtig erfassen — nachzuweisen, worin der springende Punkt der sozialen Frage besteht und auf welche Art es möglich ist, sie zu lösen.

So lange man noch nicht zu der Erkenntnis gekommen war, daß die materiellen Verhältnisse es sind, welche den Umschwung aller Kultur beeinflussen, so lange glaubte man soziale Reformen durchsetzen zu können, wenn einige politische Freiheiten, als politisches Stimmrecht, öffentlicher Unterricht, Religionsfreiheit usw. gefordert und erlangt werden.

Unzweifelhaft waren ja derartige Errungen- schaften sehr nützlich, aber ihr Besitz änderte nichts an der Grundursache der sozialen Gegensätze; die

wirtschaftliche Macht, die Produktionsmittel blieben in den Händen der Minderheit.

Der heutige Sozialismus hat erkannt, daß die materiellen Verhältnisse, welche die moralischen, religiösen und Rechtsbegriffe beeinflussen, bedingt werden durch die Produktionsweise, das heißt durch die Art, in welcher die Menschen ihre zum Leben notwendigen Produkte erzeugen. In der Aneignung des persönlichen Eigenthums am Boden und an den Produktionsmitteln hat der moderne Sozialismus den springenden Punkt der sozialen Frage gefunden und das zu lösende Problem steht klar und scharf vor dem Bewußtsein der modernen Menschheit.

Der Weg, auf dem es allein möglich ist, die Monopolisirung der wirtschaftlichen Herrschaft mit aller in ihrem Gefolge sich befindlichen Noth und Ungerechtigkeiten abzuschaffen, ist der des Klassenkampfes. Jede Klasse sucht die einmal errungenen Vortheile und Privilegien zu behalten und zu vermehren, ein Kampf, der von Klasse gegen Klasse, nicht von Person gegen Person geführt werden muß.

Mit Gewaltthaten gegen einzelne Individuen der herrschenden Klasse wird die Lösung des Problems nicht um einen Schritt vorwärts gebracht, denn der gegenwärtige Zustand des Massenelends und des kolossalen Reichthums ist nicht das Resultat des bösen Willens einzelner Personen.

Jede soziale Erscheinung ist das notwendige Ergebnis der vorausgegangenen historischen Bedingungen und des Milieus, und deshalb ist auch nicht der freie Wille irgend eines Kapitalisten schuld daran, wenn der Arbeiter unter schlechtem Lohn, Arbeitslosigkeit und Elend leidet.

Die wirtschaftliche Stellung der Arbeiter und Unternehmer zueinander wird durch die gegenwärtige Gesellschaftsordnung vorgeschrieben und zwar nach dem Gesetze der Mehrwerterzeugung, durch welches Marx gezeigt hat, wie der Unternehmer Kapital ansammeln kann, um neue „Werthe“ zu schaffen. Der Arbeiter schafft für den Unternehmer bedeutend mehr, als sein geringer Lohn beträgt; der Mehrwerth seiner Arbeit fällt dem Unternehmer als müßeloser Erwerb auch dann zu, wenn man von seinem Profit einen entsprechenden Satz für die von ihm geleistete Verwaltungsarbeit, technische Leitung usw. in Abrechnung bringt.

Diese durch die Wirkungen des Privateigentums erzeugte Ausbeutung anscheinend freier Arbeiter hat von Anfang der kapitalistischen Produktionsweise bestanden und wird erst mit der Umwandlung des Privateigentums in Kollektiveigentum ein Ende nehmen. Und doch ist in diesem Rahmen das Verhältnis des Lohnarbeiters zum Kapitalisten ein sich beständig veränderndes.

Aus Menschen, die Alles fatalistisch über sich ergehen ließen, wurden allmählich solche, die sich drohend gegen ihre Ausbeuter auflehnten, die Organisationen schufen und dem Kapitalismus so viel wie möglich Vortheile für sich abzurufen mußten. Zuerst waren es freilich frühere Leibeigene, Bauern, ohne Selbstgefühl, ohne Willenskraft, ohne Initiative, die von den aufblühenden Manufakturen und Großbetrieben ausgebeutet wurden. Erst ganz allmählich begann das Proletariat sich als Klasse zu fühlen und als ökonomischer Machtfaktor durch Streiks, Boykotts, durch nationale und internationale Vereinigungen das Unternehmertum zu bekämpfen. Man hatte eingesehen, daß die Zerstörung der Maschinen, der Kampf und die Anwendung der Gewalt gegen einzelne Personen den Arbeitern selbst den größten Schaden zufügten. Darum suchte man neben den wirtschaftlichen Kämpfen auch die politische Macht zu erringen, um mit deren Hilfe das Privateigentum in Kollektiveigentum zu verwandeln.

Der Klassenkampf des Proletariats begann. In demselben Maße, wie dieser Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern, zwischen den Besitzern der Produktionsmittel und den Nichtbesitzenden, immer erbitterter wird, mehr sich auch die Nothsuchten der herrschenden Klassen. In ihrer Noth suchen sie jetzt die verfassungsmäßigen Freiheiten einzuschränken und aufzuheben. Jene Freiheiten,



die für die Herrschenden unschädlich waren, so lange das Proletariat unorganisiert war und diese Freiheiten nicht zu benutzen verstand, versucht man jetzt durch allerlei Gesetze, die der menschlichen Vernunft Hohn sprechen und deren Wirkungen auf ihre Urheber zurückfallen, einzudämmen.

Das organisierte Proletariat aber läßt sich dadurch nicht abschrecken im Klassenkampf, im Kampf der einen Klasse gegen die andere. „Klassenkampf im Darwin'schen Sinne, ein Kampf, der in der menschlichen Geschichte das großartige Drama des Kampfes um's Dasein zwischen verschiedenen Arten wiederholt, anstatt sich zu einem wilden und zwecklosen Faustkampf von Mann zu Mann zu erniedrigen.“

Die Uebereinstimmung von Darwinismus und Sozialismus betont Leopold Jacoby in seinem „L'Idée de l'évolution“, indem er schreibt: „Im Jahre 1859 erschien zugleich mit dem Hauptwerk Darwin's ein Buch, das von ganz anderen Voraussetzungen aus auf dasselbe Ziel hinwirkte und den Anstoß zu einer völligen Umgestaltung der sozialen Wissenschaften gab, das jedoch lange unbeachtet blieb, es trug den Titel: „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ von Karl Marx und war der Vorläufer seines großen Werkes „Das Kapital“. Was Darwin's Werk über die Entstehung der Arten für die Entwicklung des organischen Lebens bis zum Menschen bedeutet, das bedeutet die Arbeit von Marx für die Entstehung und Entwicklung der menschlichen Gemeinschaften, der Staaten und der sozialen Formen der Menschheit.“

F. H.

## Protokoll

vom siebenten Provinzial-Verbandstage der Zimmerer in Mecklenburg und Lübeck, abgehalten am 27. und 28. Dezember 1896 in Malchin.

Als vorläufige Tagesordnung war festgesetzt worden: 1. Eröffnung des Provinzial-Verbandstages. 2. Wahl einer Mandatsprüfungskommission. 3. Wahl eines Bureau's. 4. Rechnungslegung der Agitationskommission für die Jahre 1895 und 1896. 5. Beratung und Beschlußfassung über eingegangene Anträge. 6. Neuwahl der Agitationskommission. 7. Agitation und Organisation. 8. Lohnfrage. 9. Beschlußfassung über die Abhaltung des nächsten Provinzial-Verbandstages. 10. Verschiedenes.

Der Vorsitzende der Agitationskommission, Kamerad Schröder-Schwerin, eröffnete den Verbandstag Nachmittags 4 Uhr mit einem Hinweis auf die Bedeutung desselben. Die Verlesung der Präsenzliste ergab die Anwesenheit folgender 20 Delegierten:

D. Scharnweber, Grevesmühlen, Rätzer, Bützow, Wegner, Warin, H. Verner, Schwerin, Schoof, Lübeck, H. Trost, Doberan, Nieß, Malchin, Wendt, Lübs, W. Müller, Gadebusch, H. Thedorf, Rostock, Dasse, Benglin, Sellmann, Parchim, Knaack, Neubrandenburg, Rabe, Neubudow, Düding, Wödem, W. Kloppe, Waren, Ch. Gruhn, Neukloster, Witt, Tefsin und Hlog, Hagenow. Als Vertreter des Hauptvorstandes war F. Schrader, von der Agitationskommission Schröder und H. Erdmann anwesend. In die Mandatsprüfungskommission wurden gewählt: Knaack, Neubrandenburg, Müller, Güstrow und Verner, Schwerin. Die Mandatsprüfung ergab die Richtigkeit der Präsenzliste.

Die Bureauwahl ergab: Knaack erster und Schoof zweiter Vorsitzender. Nieß und Müller, Gadebusch Schriftführer. Zu Punkt 3, Rechnungsvorlage, wurde zunächst eine Revisionskommission gewählt, welche die Abrechnung zu prüfen und der Versammlung Bericht zu erstatten hatte.

Vom Vorsitzenden wurde der Antrag gestellt, die Agitationskommission solle die Abrechnung drucken lassen, damit die Delegierten sich besser orientieren könnten. Dagegen wandte sich Schröder, er stellte es den Delegierten anheim, dahin zu wirken, daß die Beiträge zur rechten Zeit eingekassiert werden, dann wäre auch die Kommission in der Lage, die Abrechnung im Druck vorzulegen. Ueber den verlorenen Brief mit M. 1,60 vom Neubrandenburg wurde beschlossen, dieses Geld solle vom Lokalverband Neubrandenburg ersetzt werden. Vom Vorsitzenden wurde beantragt, daß auch über die vom Kameraden Schröder als verloren angeführten Marken Untersuchung eingeleitet werde. Auf Antrag des Kameraden Thedorf wurde die Agitationskommission mit der Sache beauftragt.

Kamerad Erdmann ersuchte die Delegierten, sie möchten darauf hinwirken, daß die Gelder für 1896/1896 rechtzeitig an die Kommission eingekassiert würden, damit nicht wieder so ein Verlustkonto entstehe. Zur Revision der Rechnungsvorlage wurden gewählt: Thedorf, Rostock, Müller, Güstrow, Scharnweber, Grevesmühlen.

Auf Antrag des Vorsitzenden wurde der Punkt 7 der Tagesordnung vorweggenommen. Es lag ein Antrag von Rostock vor, der Provinzial-Verbandstag solle weg-

fallen und die Agitationskommission solle bestehen bleiben. Nachdem der Antrag vom Kameraden Thedorf begründet, wurde vom Kameraden Schröder ausgeführt: nach seiner persönlichen Ueberzeugung wirken die Provinzial-Verbandstage nicht so wie sie sollten. Gewiß wäre es schon eine Agitation, wenn wir zusammenkommen und unsere Meinung austauschen, aber den Zweck, der erreicht werden soll, erreichen wir nicht. Die Verbandstage wären mit großen Kosten verknüpft; würden die Beiträge an die Hauptkasse gekassiert, dann könne für die Agitation mehr Geld verwendet werden. Dagegen führte Kamerad Schröder aus, es wäre wünschenswert, wenn die Provinzial-Verbandstage bestehen blieben, denn sie hätten bis jetzt aufklärend gewirkt und würden es auch weiter thun. Der Antrag Rostock wurde abgelehnt. Hierauf Schluß der Verhandlung des ersten Tages Abends 8 Uhr.

### Zweiter Tag.

Der Vorsitzende Knaack eröffnete die Versammlung um 8 Uhr Morgens und ergiebt die Verlesung der Präsenzliste die Anwesenheit sämtlicher Delegierten. Die Beratung über Punkt 7 wird fortgesetzt, es liegt hierzu ein Antrag von Schwerin vor:

„Der diesjährige Provinzial-Verbandstag möge beschließen, um eine bessere Regelung in der Agitation zu entspringen, den Lokalverbänden aufzutragen, bei Bestellung von Referenten sich an die Agitationskommission zu wenden und nicht an den Hauptvorstand.“

Verner, Schwerin wünscht, die Delegierten möchten dafür sorgen, daß die Zahlstellenbeamten sich mehr als bisher an die Agitationskommission wenden. Die Kommission sei über die Vorgänge in den Zahlstellen nicht genügend unterrichtet, da keine Situationsberichte eingehen, die Kommission habe nicht einmal gewußt, daß in Teterow ein Streik ausgebrochen ist.

Schröder, Hamburg: Wenn der Antrag auch angenommen würde, so bliebe es doch beim Alten, die Zahlstellen wenden sich trotzdem an den Hauptvorstand. Die Verhältnisse in Mecklenburg liegen so, daß Versammlungen nur am Sonnabend und Sonntag stattfinden können, auch seien geeignete Versammlungsorte schwer aufzutreiben. Dieses dürfe uns aber nicht abhalten, immer wieder zu versuchen, die Kameraden aufzuklären. Vor Allem müßte die Lausitz, welche unter den Mitgliedern in Mecklenburg eingerissen, ganz energisch bekämpft werden. Obgleich der Verband in den letzten Jahren an Mitgliedern bedeutend zugenommen, so sei die Mitgliederzahl in Mecklenburg doch zurückgegangen. Eine ganze Anzahl Städte habe früher bereits dem Verbande angehört, diese müßten wieder gewonnen werden, thue Jeder seine Schuldigkeit, dann würde auch der Erfolg nicht ausbleiben.

Mailopp, Waren: Wenn vielleicht immer 4—5 benachbarte Zahlstellen sich zusammenschließen und die Agitation in ihrer Gegend betreiben, so würde hierdurch die Agitationskommission bedeutend entlastet.

Nieß, Malchin: Dieses ist früher schon gewesen, es wird hierbei bloß Geld ausgegeben. Würde der „Zimmerer“ nur mehr gelesen, dann könnten wir auch mit weniger Referenten auskommen. Redner schildert die Verhältnisse in Stavenhagen und Gnolien. In letzterer Stadt habe der Meister die Kameraden dadurch geschreckt, daß er eine Dampfsgaserlei einrichten wollte, wenn sie dem Verbanne beitreten; dann könnten sie im Winter zu Hause bleiben. Nun habe der Meister die Maschinen aber angekauft, auch ohne daß die Zimmerer dort zum Verbanne gehören.

Rätzer, Bützow schließt sich Schrader an; wenn Rostock und Bützow es sich angelegen sein lassen, so könne Schwaan wieder gewonnen werden.

Schröder-Schwerin hat Alles versucht, um Schwaan zu halten. Er bespricht eingehend die Thätigkeit der Agitationskommission. Wir dürfen nicht ruhen noch rasten, bis der letzte Zimmerer in Mecklenburg dem Verbanne zugeführt ist.

Der Antrag wird abgelehnt.

Von der Zahlstelle Schwerin ist folgende Resolution eingegangen:

„Der Provinzial-Verbandstag möge in Erwägung ziehen, da in letzter Zeit die meisten Verbandsversammlungen, in welchen Referenten anwesend, sehr schlecht besucht waren, den Delegierten aufzutragen, so viel wie möglich dafür zu sorgen, daß allgemeine Arbeiterversammlungen einberufen werden.“

Verner, Schwerin will dieses den Zahlstellen überlassen; es könne nicht nach der Schablone gearbeitet werden. Nachdem Nieß, Malchin, Rabe, Neubudow, Schrader, Hamburg gegen, Erdmann, Schwerin für die Resolution gesprochen, wird dieselbe abgelehnt.

Antrag Neubrandenburg:

„Die Agitationskommission ist verpflichtet, alle Jahre ein Flugblatt, namentlich für die nicht organisierten Kameraden berechnend, herauszugeben.“

Knaack, Neubrandenburg. Das letzte Flugblatt habe wohl gewirkt, der Hauptvorstand würde dadurch von der Agitation entlastet.

Schröder-Schwerin, ebenfalls für fernere Herausgabe des Flugblattes.

Schröder, Hamburg. Durch das letzte Flugblatt haben wir Mitglieder gewonnen. Die Flugblätter müßten von den Mitgliedern in den benachbarten nicht organisierten Städten vertheilt werden. Wollte man dieselben mit der Post hinschicken, dann käme man oft an die unrichtige Adresse.

Der Antrag wird angenommen.

Ein zweiter Antrag von Neubrandenburg: „Die Agitationskommission als solche bestehen zu lassen, da-

neben aber noch in verschiedenen Zahlstellen je einen Vertrauensmann zu wählen, um eine flüchtige Agitation zu betreiben,“ wird, nachdem mehrere Redner theils für, theils gegen den Antrag gesprochen, abgelehnt.

Antrag Gadebusch: „Um die Gelder für die Agitationskommission aufzubringen, hat jede Zahlstelle einen Beitrag von 10 M pro Mitglied und Quartal aus der Lokalkasse an die Kommission zu zahlen. Die Zahlstellen haben diesen Beitrag durch Verkauf von Marken, welche die Agitationskommission liefert, wieder zu decken.“

Müller, Gadebusch: Die Maurer, welche in Gadebusch unserem Verbanne mit angehören, wollten sich schwer zum Zahlen dieser Beiträge verstehen, daher stehe auch Gadebusch mit einem bedeutenden Rest in der Abrechnung. Würde der Antrag angenommen, dann könne jede Zahlstelle ihren Verpflichtungen nachkommen und die Agitationskommission habe die nötigen Mittel zur Verfügung.

Der Antrag wird von Erdmann, Mailopp, Rabe und Scharnweber befürwortet.

Schröder, Hamburg und Schoof, Lübeck treten für den ferneren Verkauf der Marken ein, weil die Agitationskommission dadurch leichteres Arbeiten hätte.

Schröder, Hamburg stellt folgenden Zusatzantrag: „Als Grundlage der Berechnung gelten die vom Hauptvorstand herausgegebenen Quartalsabrechnungen.“

Es wird hierauf der Antrag Gadebusch mit dem Zusatzantrag Schrader angenommen.

Erdmann, Schwerin bringt folgenden Antrag ein: „Der heutige Verbandstag wolle beschließen, daß sämtliche Zahlstellen verpflichtet werden, mit ihrem Rest bis zum vierten Quartal d. J. abzurechnen; die Gelder und Marken sind an die Agitationskommission einzusenden. Mit dem ersten Quartal 1897 tritt der Antrag von Gadebusch in Kraft.“

Trost, Doberan fragt an, wie weit zurück abzurechnen sei.

Schröder-Schwerin: Es komme die Zeit vom 1. April 1895 bis 31. Dezember 1896, also sieben Quartale, in Betracht.

Der Antrag wird angenommen.

Es wird dann der Bericht der Revisionskommission entgegengenommen.

Thedorf, Rostock berichtet, daß Alles in bester Ordnung befunden sei; es sei eine Einnahme von M. 621,99 zu verzeichnen, der eine Ausgabe von M. 111,81 gegenüberstehe, so daß am 28. Dezember ein Kassenbestand von M. 510,68 vorhanden sei.

Der Agitationskommission wird alsdann einstimmig Decharge erteilt.

Punkt 5. Ein Antrag von Lübeck, für die Errichtung von Gewerbegerichten in Mecklenburg einzutreten, wird von Schröder, Lübeck motiviert und hierzu folgende von Schrader gestellte Resolution angenommen:

„Der 7. Provinzial-Verbandstag der Zimmerer Mecklenburgs und Lübecks erkennt die Nothwendigkeit der Errichtung von Gewerbegerichten für Mecklenburg an und wünscht, daß die in Mecklenburg bestehenden Gewerkschaftsstellten nach dieser Richtung eine energische Agitation entfalten.“

Zu dem Antrag von Bützow, „die arbeitslosen Kameraden, hauptsächlich die Verheiratheten, in den Monaten Dezember, Januar und Februar vom Beitrag zu befreien,“ bemerkt Knaack, Neubrandenburg: Ueber diesen Antrag könne der Verbandstag keinen Beschluß fassen; derselbe gehöre vor die nächste Generalversammlung.

Schröder, Hamburg: Es ist unmöglich, die Arbeitslosen vom Beitrag zu befreien, die Hauptkassie kann die Gelder nicht entbehren. Dieses müssen die Zahlstellen selbst regeln. Die Beiträge für die Arbeitslosen können aus der Lokalkasse bezahlt werden.

Der Antrag ist damit erledigt.

Zu Punkt 6 wird beschlossen, die Agitationskommission in Schwerin zu lassen, und werden den Mitgliedern derselben für die letzten beiden Jahre M. 30, und künftig für jede Sitzung 30 M pro Mann Entschädigung bewilligt.

Erdmann beantragt, die Diätenfrage zu regeln.

Müller, Gadebusch schlägt M. 6 pro Tag vor, dieses wird angenommen.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung hat Güstrow beantragt: „In allen Städten, wo noch keine zehnjährige Arbeitszeit besteht, in so viel wie möglich dahin zu streben, daß dieselbe eingeführt wird.“

Müller, Güstrow: Die Kameraden aus den Städten, wo noch eine längere Arbeitszeit besteht, machen denen mit kürzerer Arbeitszeit Konkurrenz. Wären Alle bestrebt, in ihren Orten eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen, so würde dieses sehr unterbleiben.

Schröder, Hamburg kann den Antrag wohl begreifen, vergleichen Forderungen lassen sich aber nicht von oben dekretiren. Die Kameraden müssen das Bedürfnis nach kürzerer Arbeitszeit selbst in sich fühlen. Redner geht auf die Lohnbewegung im letzten Jahre näher ein und meint: betreffs der Streikunterstützung hätte Mecklenburg mehr thun müssen, aus einzelnen Zahlstellen sei gar nichts eingegangen. Er bittet, die Marken künftig besser zu vertheilen. Nachdem noch mehrere Redner sich dazu geäußert, wird der Antrag angenommen.

Düding, Wödem spricht dann ausführlich über den dortigen Streik.

Die Ausführungen werden noch von Schrader ergänzt, und ist dieser Punkt damit erledigt.

Bützow, Güstrow und Doberan haben den Antrag gestellt, den nächsten Verbandstag in ihrer Stadt abzuhalten. Es wird beschlossen, den nächsten Verbandstag nach 2 Jahren in der Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr in Bützow abzuhalten.

Hierauf tritt um 12<sup>1/2</sup> Uhr Mittagspause ein.



Die Nachmittags-Sitzung wurde um 2 Uhr vom Vorsitzenden eröffnet.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung, „Verschiedenes“, nahm Kamerad Meißner das Wort und fragt an beim Delegierten aus Lübeck, was es für Papiere wären, die auf der letzten Generalversammlung dem Lokalverband Lübeck zum Aufbewahren übergeben worden sind. Kamerad Müller-Gadebusch erwidert, wir wären nicht berechtigt, hierüber Aufklärung zu geben, das würde gegen den Beschluß der Generalversammlung verstoßen. Kamerad Knack brachte die Ausführungen auf dem letzten Parteitag in Lübeck zur Sprache. Es wäre da gewissermaßen so hingestellt, als seien die Gewerkschaften ein Hemmschuh für die politische Bewegung. Hiergegen müsse energisch protestiert werden, denn jeder Kamerad sei verpflichtet, politisch wie gewerkschaftlich zu wirken. Wenn Einzelne das nicht thun, so kann nicht die ganze Gewerkschaft dafür verantwortlich gemacht werden. Auch Kamerad Schrader äußerte sich in demselben Sinne. Wenn der Verband der Zimmerer konservativ wäre, so wäre wohl keiner der Anwesenden hier sitzen. Was den Brief nach Gütstrom anbelange, so sei er von der Ansicht ausgegangen, die Zimmerer Gütstroms dem Verbande wieder zuzuführen. Das auf dem Parteitage kritisierte Flugblatt enthalte nur eine Statistik über Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Darauf kam folgende Resolution zur Verlesung: „Der siebente Provinzial-Verbandstag der Zimmerer Mecklenburgs und Lübeds, abgehalten am 27. und 28. Dezember in Malchin, protestiert auf's Energischste gegen die Äußerungen einzelner Delegierten auf dem Parteitage zu Lübeck und legt entschiedenen Verwahrung dagegen ein, den Verband der Zimmerleute Deutschlands als einen konservativen zu bezeichnen.“

Diese Resolution fand einstimmige Annahme.

Hierauf legte der Vorsitzende den Delegierten an's Herz, die gefassten Beschlüsse voll und ganz hochzuhalten, es sei Pflicht eines Jeden, dafür zu streben, daß unsere Organisation mehr und mehr verbreitet wird.

Mit einem Hoch auf die Sache der Arbeiter im Allgemeinen und die der Zimmerer im Besonderen, schloß der Vorsitzende den siebenten Provinzial-Verbandstag.

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Die Agitationskommission. Die Schriftführer.  
J. A.: H. Schröder. Müller

Laut Beschluß des letzten Provinzial-Verbandstages ist die Agitationskommission in Schwerin belassen und durch Versammlungsbeschluß aus folgenden Kameraden zusammengesetzt: Heiner Erdmann, H. Verner, E. Holzmann, A. Saumann und J. Thiel.

Da die Kommission sich nun konstituiert hat, so möchten wir sämtliche Kameraden und Lokalverbände auffordern, die auf dem Verbandstage gefassten Beschlüsse hochzuhalten und dafür einzutreten, daß die Beschlüsse auch durchgeführt werden.

Ferner agitiere ein Jeder, damit die Unorganisierten unserem Verband beitreten; thue ein Jeder seine Schuldigkeit, denn nur so ist die Kommission in der Lage, die ihr ausgetragenen Pflichten zu erfüllen.

Im Laufe dieser Woche werden an sämtliche Lokalverbände die neuen Agitations-Marken versandt, und eruchen wir die Vorstände, den alten Rest sobald wie möglich an die Kommission einzusenden, damit endlich eine geregelte Buchführung eintritt.

Alle Anfragen und Sendungen sind an Heiner Erdmann, Werderstr. 59, zu richten.

Die Agitationskommission  
der Zimmerer in Mecklenburg und Lübeck.  
J. A.: Heiner Erdmann.

## Berichte.

**Arnswalde.** Am 3. Januar tagte unsere Mitgliederversammlung. Die Beiträge wurden erhoben und dann die Abrechnung verlesen, deren Richtigkeit die Revisoren bestätigten. Als Kandidat zur Generalversammlung wurde Kamerad Engel aufgestellt. Die Lohnfrage wurde angeregt, indessen muß es unsere Aufgabe sein, zunächst alle noch fernstehenden Kameraden in den Verband zu bringen. Für die streikenden Hafenarbeiter wurden M. 8 aus der Lokalliste bewilligt und sechs Kameraden steuerten freiwillig noch zusammen M. 4 hinzu.

**Forst i. L.** Am 8. Januar tagte unsere Mitgliederversammlung. Die Beiträge wurden erhoben und vier Kameraden ließen sich in den Verband aufnehmen. Als Kandidat zur Generalversammlung wurde Kamerad Gaake aufgestellt. Für die streikenden Hafenarbeiter in Hamburg wurden M. 5 aus der Lokalliste bewilligt; M. 3 wurden gewammelt.

**Friedrichshagen bei Berlin.** Am 10. Januar tagte eine öffentliche Zimmererverammlung, die sehr schwach besucht war. Bei der Wahl zum Bauarbeiterkongreß erhielt Kamerad Ruhn aus Friedrichshagen 8 Stimmen, Kamerad Biegelmann aus Cöpenick 4 Stimmen. Als Diäten wurden pro Tag M. 6,50 bewilligt; der Betrag wurde gewammelt. Falls kein Delegierter den Kongreß besucht, soll das Geld den Hamburger Hafenarbeitern überwiesen werden. Ueber unsere diesjährige Lohnbewegung referierte Kamerad E. Müller. Er empfahl ein Zusammengehen mit den Maurern. Auf Antrag des Kameraden Ruhn wurde eine aus drei Personen bestehende Kommission gewählt, welche die nötigen Vorarbeiten beorgen soll. Die Mitgliederversammlung am Dienstag nach dem 1. Februar findet nicht statt, dafür

wird zum 30. Januar eine öffentliche Zimmererverammlung Abends 8 Uhr, bei Conrad veranstaltet.

**Fürth.** Am 10. Januar tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Das Protokoll wurde verlesen und anerkannt. Der Kassier verlas die Abrechnung vom vierten Quartal 1896, deren Richtigkeit die Revisoren bestätigten, worauf dem Kassier Decharge erteilt wurde. Als Kandidat zur Generalversammlung wurde Kamerad Köhlein aufgestellt. Kamerad Leßus wurde als zweiter Vorsitzender gewählt. Ein Statut zur Gründung eines Arbeitsnachweises wurde gutgeheißen und beschlossen, selbiges den Meistern zur Genehmigung zu übermitteln. Eine Werkstattdeputierten-Sitzung soll sich nächsten mit der Einführung der 1 1/2 stündigen Mittagspause beschäftigen. Mit der Zusammensetzung des Agitationskomitees für Nordbayeren erklärte sich die Versammlung einverstanden. Eine Revision der Bibliothek hat stattgefunden; dieselbe ist jetzt dem Kameraden Gerhardt übergeben. Die Versammlung beschloß, die Beiträge für März und April von 10 M. auf 15 M. zu erhöhen und die 5 M. pro Woche für Agitation zu verwenden. Dann wurden noch die Mißstände auf Bauten besprochen und die vielen Unglücksfälle gebührend beleuchtet. Der Wunsch wurde allgemein laut, die Mißstände an die Öffentlichkeit zu bringen.

**Hagen.** Am 10. Januar tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Das Protokoll wurde verlesen und die Beiträge erhoben, dann wurde die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen, es wurden folgende Kameraden gewählt: Voigtmann als erster, Schrader als zweiter Vorsitzender; Krapp als erster, Vinemann als zweiter Kassier; Wendt als erster, Stegmann als zweiter Schriftführer; Gerhardt und Schönfeld als Revisoren. Dann wurde beschlossen, an die Meister folgende Forderungen zu richten: 1. Die Zimmerer von Hagen und Umgebung fordern als Mindestlohn 40 M. pro Stunde. 2. Die Arbeitszeit beträgt pro Tag 10 1/2 Stunden, und zwar von früh 6 bis Abends 7 Uhr. Von 8 bis 8 1/2 Uhr findet die Frühstückspause statt; von 12 bis 1 1/2 Uhr die Mittagspause; von 4 bis 4 1/2 Uhr die Vesperpause. 3. Ueberstunden sollen nur in dringenden Fällen gemacht und dann mit 5 M. Aufschlag bezahlt werden. Als Ueberstunden gilt die Zeit von Morgens 5 bis 6 Uhr und Abends von 7 bis 8 Uhr; die übrige Zeit gilt als Nachtzeit und wenn während derselben gearbeitet werden muß, beträgt der Lohnaufschlag pro Stunde 10 M. 4. Für Sonntagsarbeit wird doppelter Lohn gezahlt. 5. Aftorarbeit soll gänzlich ausgeschlossen werden. 6. Die Lohnauszahlung soll allwöchentlich Sonnabends am Arbeitsort, vor Eintritt des Feierabends, stattfinden. Wenn der Lohn später gezahlt wird, gilt die Wartezeit als Ueberstundenarbeit. 7. Das Werkzeug liefert der Meister und zwar ohne Abzug von Entschädigung. — Bisher betrug die Arbeitszeit 12 bis 14 Stunden pro Tag und der Stundenlohn 27 bis 34 M. Zur Generalversammlung wurde Kamerad Voigtmann als Kandidat aufgestellt.

**Hamein a. d. W.** Am 5. Januar tagte unsere Mitgliederversammlung. Es ließ sich ein neues Mitglied aufnehmen und dann verlas der Kassier die Abrechnung, deren Richtigkeit die Revisoren bestätigten. Beschlossen wurde, mit der Zahlstelle Bielefeld, behufs Delegiertenwahl, in Verbindung zu treten. In das Gewerkschaftskartell wurde Kamerad Neubauer gewählt. Der schwache Versammlungsbesuch wurde bemängelt. Gerade in Hamein ist eine frumme Organisation notwendig.

**Hamburg.** Eine außerordentliche Mitgliederversammlung tagte am 10. Januar. Der Vorsitzende machte zunächst bekannt, daß der Kolporteur von Rothenburgsort seinen Posten niederlegen will und beantragt deshalb, einen Anderen zu wählen. Die Rothenburgsorter Kameraden behielten sich vor, unter sich selbst einen Kolporteur zu wählen, in diesem Sinne wurde auch beschlossen. Dann wurde von der Unterbrechung der Kommission mit Post Bericht erstattet. Meister Post hatte erklärt, daß die Leute betreffs der Ueberstunden mehr Schuld hätten als er. Hätten sie gleich in der ersten Woche, als Ueberstunden gemacht wurden, erklärt: „wir arbeiten nicht länger, wir verstoßen sonst gegen unser Statut, so hätte er auch die richtige Zeit eingehalten. Nachdem sie fünf Wochen länger gearbeitet, hätten sie auch die eine Woche können länger arbeiten. Er habe genug Leute angestellt. Auf die Anfrage, ob er gewillt sei, die noch Streikenden wieder einzustellen, habe er erklärt, er könne vorläufig nicht mehr anstellen, er verspreche jedoch, sobald er Zimmerer gebrauche, auch die noch Streikenden einzustellen, ohne ihnen etwas nachzutragen. Er erkläre jedoch, daß er, wenn die Tage wieder länger würden, Ueberstunden und auch Sonntags arbeiten lassen müsse, wenn er seine Arbeit zu der bestimmten Zeit fertig haben wolle. Würde ihm jedoch der Verband nochmals Schwierigkeiten machen, so setze er sich veranlaßt, von auswärtigen Zimmerleuten kommen zu lassen. Nach längerer Diskussion brachte der Vorsitzende folgende Resolution zur Verlesung: „Die von der hiesigen Zahlstelle verhängte Platzsperrung über das Baugeschäft von Post & Bernsdorf wegen Nicht-Innehaltens des Lohnstarifes hat nicht den gedachten Erfolg gehabt. Die Mehrzahl der Zimmerer hatte nicht die Beschränkung einer so großen Zahl vorausgesehen, indem die Hälfte der dort Arbeitenden gänzlich aufhörte und die Stellen der Aufgehörten bald wieder besetzt waren und sich so zu ihrem eigenen Unterdrück von dem Unternehmertum gebrauchen ließen. Die Arbeiter auf dem Aufstellungsbau gehen immer weiter und man kann annehmen, daß die Firma die Sperre in der Öffentlichkeit als Entschuldigungsgrund hinstellt, weil sie jetzt sogar Sonntags arbeiten läßt. Diejenigen Zimmerer, die da arbeiten, fühlen sich recht wohl und freuen sich, wenn sie recht viele Ueberstunden machen

können. Aus diesen Gründen empfiehlt der Vorstand der Versammlung, die Sperre aufzuheben. Hat die Sperre uns auch keinen Vortheil gebracht, so hat sie uns doch deutlich gezeigt, wie wenig ein großer Theil der Hamburger Zimmerer seine Nothlage begriffen hat und wie weit unsere Agitation gedungen ist.“ Die Abstimmung ergab die Annahme der Resolution. Betreffs der Weiterunterstützung der Streikenden wurde beschlossen, den Beschluß vom 17. Dezember v. J. bestehen zu lassen. Somit fällt die Unterstützung fort. Ferner theilte der Vorsitzende mit, daß der Zimmermann Paul Heinrich, wohnhaft Wickersweg, Hamm, als Streikbrecher im Hafen fungirt. Beschlossen wurde noch, daß die am Donnerstag stattfindende Mitgliederversammlung ausfallen soll. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

**Harzburg.** Am 10. Januar tagte unsere Mitgliederversammlung. Die Abrechnung wurde verlesen und die Richtigkeit derselben von den Revisoren bestätigt; die Versammlung erteilte dem Vorsitzenden und Kassier Entlastung. Der Kassenbestand beträgt M. 83,80. Dann wurde die Vorstandswahl vollzogen und als Delegierter zur Generalversammlung Kamerad Hahn aus Braunschweig vorgeschlagen und einstimmig gewählt.

**Hof.** Am 17. Januar tagte unsere Mitgliederversammlung. Die Abrechnung wurde verlesen; dieselbe wies auf: Einnahme M. 137,35, Ausgabe M. 39,54, so daß ein Bestand von M. 97,81 verbleibt. Als Kandidat zur nächsten Generalversammlung wurde Kamerad Goller gewählt. Unsere Versammlungen finden am letzten Sonntag eines jeden Monats statt.

**Leipzig.** Am 12. Januar tagte eine öffentliche Zimmererverammlung. Genosse Grenz hielt einen interessanten Vortrag über die gegenwärtige Arbeiterbewegung. Der Gesprächsgegenstand sei gegenwärtig recht reger, voraussichtlich folge darauf aber wieder ein flauer Geschäftsgang. Das Unternehmertum sei gegenwärtig etwas freundlicher gesonnen, läme man aber mit Forderungen, dann wandelt sich die Freundlichkeit in bittere Feindschaft um. Trübt dann noch der schlechte Geschäftsgang mit seiner Arbeitslosigkeit im Gefolge hinzu, dann wird der Lohn gedrückt und die Gefängnisse füllen sich; die herrschende Klasse wundert sich dann über das viele „Gefindel“, das sich dann auf der Landstraße umhertreibt. Könnte jeder Arbeiter bei den besseren Zeiten so viel auf die hohe Kante legen wie der Unternehmer, dann stände es natürlich anders. Er forderte die Anwesenden auf, fest an der Organisation zu halten, denn nur starke Organisationen seien im Stande, die heutigen Mängel zu beseitigen. Als der Vorsitzende dem Referenten im Namen der Versammelten den Dank ausgesprochen, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die anwesenden Zimmerer verpflichten dem Referenten voll und ganz bei und versprechen, innerhalb ihres Berufes mit allen Mitteln für eine geschlossene Organisation Sorge zu tragen und die Indifferenzen zum Anschluß an die Organisation zu ermahnen.“ Dann erstattete Kamerad Höper Bericht vom Gewerkschaftskartell. Das Arbeitersekretariat sei vorläufig abgelehnt, da viel Geld zu seiner Unterhaltung notwendig sein würde und dieses jetzt zu dem Hamburger Hafenarbeiterstreik gebraucht werde; das Leipziger Kartell habe bis jetzt M. 24 000 abgeleant. Dann wurde über die Mühlereiverbündigung gesprochen, besonders über einen schroffen Mißfall, den der Dirigent in der „Volkszeitung“ veröffentlicht hat. Auch wurde die Redaktion der „Volkszeitung“ kritisiert, da sie den Gegenartikel der Zimmerer nicht ganz abgedruckt, sondern mit nur einigen Zeilen im Briefkasten abgefertigt hat. Ferner wurde die Sonntagsarbeit auf dem Ausstellungsploze kritisiert, welche die Firma Holzmann & Co. ausführen läßt. Dieselbe hat auch den Arbeitslohn um 2 M. pro Stunde gedrückt. Der Vorsitzende legte nochmals Jedem an's Herz, fest zur Organisation zu halten und schloß dann die Versammlung.

**Mainz.** Am 10. Januar tagten zwei Versammlungen, eine in Kösheim, die andere in Weisenau, die beide gut besucht waren. In ersterer referierte Kamerad Streicher, in letzterer Kamerad Rostadt über den Verlauf der letzten Mitgliederversammlungen in Mainz. Es handelt sich hauptsächlich um die zum Frühjahr geplante Lohnbewegung und deshalb wurden die Versammelten aufgefordert, fest zusammenzuhalten. Die Mißstände auf den Zimmerplätzen und auf Bauten wurden beleuchtet. Sonderbare Zustände herrschen auf dem Zimmerplatze von Fischer in Kastel. Der Vorstand der Zahlstelle Mainz wurde beauftragt, dort Remedur zu schaffen, und da versuchte jener Herr eine Maßregelung, welche aber mißlang, weil sich alle Kameraden mit dem Kameraden solidarisch erklärten, der gemäßregelt werden sollte. In den Versammlungen wurde noch die Agitationsweise besprochen, und die Anwesenden wurden gebeten, Alles zu versuchen, um die uns noch Fernstehenden in den Verband zu bekommen.

**Münsterberg.** Am 10. Januar tagte unsere Generalversammlung, die gut besucht war. Drei Kameraden ließen sich in den Verband aufnehmen, dann erstattete Kamerad Fleischmann den Vorstandsbereich. Es haben im Jahre 1896 zusammen 26 Mitgliederversammlungen stattgefunden und 15 Sitzungen. Die öffentlichen Versammlungen, die außerdem stattgefunden, waren schlecht besucht und die Besucher waren meistens die Verbandsmitglieder allein. Es sind 53 Briefe und 30 Karten eingegangen und 63 bezw. 28 versandt. Am Schluß wurden die Mitglieder ermahnt, in diesem Jahre recht fleißig für den Verband zu agitieren. Der Kassier, Kamerad Wesserer, verlas die Abrechnung vom vierten Quartal 1896, deren Richtigkeit die Revisoren bestätigten. Für seine Mithaltung wurden dem Kassier M. 5 bewilligt. Die Abrechnung von der Christbaumverlosung



wurde für richtig anerkannt, der Ueberschuß wurde nicht, wie es im Bericht hieß, in die „Kassakasse“, sondern in die britische Agitationskasse gethan. Der Vorliegende referirte dann noch über die Lage der Zimmerer und wie dieselbe verbessert werden kann. Dieses Jahr sei für die Bauhandwerker durchaus günstig, die Arbeitszeit zu verkürzen und den Lohn zu erhöhen. Es werden einige Kaserne- und Wohnhofbauten, sowie ein Militärhospital aufgeführt; große Fabriketablissemens werden verlegt und auch die Privatbauthätigkeit verpricht, rege zu werden. Auch die Stadtgemeinde läßt einige Schulbauten besorgen. Die Bauhätigkeit sei also günstig. Leider seien von den 700 in Nürnberg beschäftigten Zimmerern nur 250 organisiert; der „Zimmererbund“ sagen/ten Angebotsens komme nicht in Betracht, die Kasse desselben schloß mit einem Defizit ab. Wir können angesichts dieser Zustände keine neuen Forderungen stellen, sondern müssen uns darauf beschränken, die Forderungen von 1895 allmählig durchzuführen, das also der Mindestlohn von 39  $\frac{1}{2}$  pro Stunde gezahlt und Samstags um 5 Uhr Feierabend gegeben wird. Es müsse mehr Leben unter die Zimmerer Nürnbergs gebracht werden, die Versammlungen müssen ein besseres Bild als im Vorjahre bieten. Es sei aber auch bedauerlich, daß der „Zimmererbund“ nur immer hindernd in den Weg tritt und so die Sache der Ausbaurer besorgt. Die dazu gehörenden Kameraden bereiten mit dem Eingeweihten nur den Weistern Freude. Kamerad Schnob beschränkte die Einführung der 9 $\frac{1}{2}$  stündigen Arbeitszeit. Kamerad Weinlein widersprach dem, so lange zwei Organisationen bestehen, könne an einen ersten Kampf nicht gedacht werden. Es müsse aber eine öffentliche Versammlung veranstaltet und für dieselbe energisch Propaganda gemacht werden. In demselben Sinne sprach auch Kamerad Kaul. Die Verwaltung wurde beauftragt, der Innung der Baugewerksmeister unsere Forderung nochmals mitzuthellen. Beschllossen wurde, jedes Mitglied soll allwöchentlich eine Karte für die freitenden Hosenarbeiter kaufen.

**Ohlau.** Am 16. Januar tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Der Kassirer verlas die Abrechnung, und die Versammlung befand dieselbe für richtig. Die Wahl eines Kandidaten mußte zur nächsten Versammlung zurückgestellt werden, denn in dieser waren von den 54 zahlenden Mitgliedern 16 erkrankt — ein nichts weniger als erfreuliches Resultat! Für die Hamburger Hosenarbeiter wurden M. 20 bewilligt.

**Wenzlin.** In der Versammlung am 10. Januar, welche recht gut besucht war, erstattete Kamerad Dohje Bericht vom Verbandstage in Malchin. Als Kandidat zur Generalversammlung wurde Kamerad Rutenberg gewählt. Ferner wurde beschlossen, die freitenden Hosenarbeiter in Hamburg mit M. 10 zu unterstützen und außerdem Sammellisten schicken zu lassen. Unsere Versammlung findet am 2. Sonntag eines jeden Monats statt.

**Mathenow.** Am 17. Januar tagte eine öffentliche Zimmererverversammlung, in der Kamerad Bartel aus Charlottenburg einen Vortrag hielt über den Zweck der Organisation und über Lohnbewegungen. Der Hauptzweck der Organisation, so führte Redner treffend aus, sei, günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, alle Kameraden müssten eifrig bemüht sein, auf die Indifferenten einzuwirken, damit sie sich dem Verbandsanschlüssen. Reicher Beifall lohnte die guten Ausführungen. In der Diskussion trat Lippke für die Hirsch-Dunderländer ein und warf dem Verbandsvorsitzenden vor, daß er keine Unterstützungslagen habe. Dem guten Manne wurde aber gehörig heimgeleuchtet. Es wurde ihm gesagt, daß die Hirsch-Dunderländer ihre Mitglieder zu Streikbrechern erziehen. Ferner wurde die „Humanität“ des Bankier Döblin, der zugleich Stadtrath ist, kritisiert, weil er die Zimmerer, welche er beschäftigt, mit 26  $\frac{1}{2}$  Stundenlohn absindet.

**Schleswig.** Am 12. Januar tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Als Kandidat zur nächsten Generalversammlung wurde Kamerad Hennede gewählt; zu Kartelldelegierten die Kameraden Klaus und Antrop; in die Lohnkommission die Kameraden Laudan, Friedrich und Sient. Etwaige Unkosten der Lohnkommission sollen von der Lokalkasse getragen werden. Die Abrechnung vom 4. Quartal 1896 wurde verlesen und für richtig befunden; die Abrechnung vom Wintervergnügen soll der nächsten Versammlung vorgelegt werden. Dann erstattete Kamerad Klaus den Kartellbericht. Ferner wurde beschlossen, den freitenden Hosenarbeitern in Hamburg M. 10 zu übermitteln. Es wurde auch bekannt gegeben, daß der Zimmerer Eisenblätter im Hamburger Hafen als Streikbrecher gearbeitet hat. Als nachdem Niemand mit ihm arbeiten wollte, ist er abgereist und hat hier M. 60,20 Schulden für Logis und Werkzeugmiete hinterlassen. (Siehe Anzeige.)

**Schwerin.** Am 12. Januar tagte die Generalversammlung unserer Zählstelle, die nur schwach besucht war. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung genehmigt, verlas der Kassirer die Abrechnung, deren Richtigkeit die Revisoren bestätigten, worauf dem Kassirer Decharge erteilt wurde. Als Kandidat zur Generalversammlung des Verbandes wurde Kamerad Erdmann aufgestellt. Dann wurde die Agitationskommission gewählt (die Namen sind an anderer Stelle dieser Nummer aufgeführt). Der Kartelldelegierte ermächtigte die Versammelten, recht fleißig für die freitenden Hosenarbeiter zu sammeln, wobei er auf den Aufruf im „Zimmerer“ Nr. 2 verwies. Für alte und fränke Kameraden wurden insgesamt M. 76 bewilligt.

**Stuttgart.** Am 10. Januar tagte unsere regelmäßige Versammlung, die von etwa 80 Kameraden besucht war. Das Protokoll wurde verlesen und dann sagte der Vorsitzende den Versammelten auseinander,

wie der Fall Schips liegt. Kamerad Schips ist infolge eines Unfalles im Dezember 1895 um's Leben gekommen und nun treten Zeugen auf, welche behaupten, an dem Unfälle trage der Polier die Schuld. Derselbe sei bisher straflos geblieben und es werde gefordert, der Verband solle gegen ihn klagen werden. Kamerad Ruff, der gelehrt, wie sich der Unfall zugetragen, schilderte den Vorgang, woraus sich ergab, daß der Polier die Schuld trägt. Er sei sich seiner Schuld auch bewusst gewesen, denn er habe damals, als der Unfall auf der Arbeitsstelle besprochen wurde, geäußert: „Der Unfall sei nun einmal geschehen und man solle jetzt still davon sein.“ Diejenigen, welchen man zutraute, daß sie den Polier belassen würden, wurden gleich nach dem Unfall vom Bau fortgeschickt, bis von Seiten des Gerichts der Vorfall aufgenommen war. Ein würdiger Bruder sagte dann zu Gunsten des Poliers aus. Beschllossen wurde, die Sache mit einem Rechtsanwalt zu besprechen und nach dem, eventuell gegen den Polier vorzugehen.

**Vegeßack.** Am 17. Januar tagte unsere Versammlung. Protokoll und Abrechnung wurden verlesen und für richtig befunden und dem Kassirer Entlassung erteilt. Kamerad Ludwig wurde als Schriftführer und Kamerad Graf als Kassirer gewählt. Kamerad Schmitt sprach über den Streik. Die Versammlung war mit den Ausführungen einverstanden. Eine Anfrage von den Burgammer Kameraden, die bis jetzt im Verband der Maurer waren, ging dahin, zu uns überzutreten, welches auch anerkannt wurde; so können wir geschlossener vorgehen als bisher. Die Anschaffung eines Schrankes wurde aufgeschoben.

**Wandsbek.** Am 13. d. M. tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung, in der zunächst die Abrechnung vom vierten Quartal vom Kassirer verlesen wurde; die Richtigkeit derselben wurde von den Revisoren bestätigt. Hierauf bringt der Vorsitzende J. Kroll zur Sprache, daß S. Stüben Willens sei, sich wieder in den Verband aufnehmen zu lassen. Die Abstimmung ergab J. Stüben's Wiederaufnahme. Zum Delegierten für die Generalversammlung wurde J. Kroll mit 22 Stimmen gewählt. Anträge zur Generalversammlung wurden zur nächsten Versammlung vertagt. Ferner wurde vom Vorsitzenden in Anregung gebracht, daß am 10. Februar der Lokalverband Wandsbek sein 13jähriges Bestehen feiert, und er fragte an, ob wir dazu ein kleines Kränzchen abhalten wollen; dieses wurde angenommen. Da der 10. Februar auf einen Mittwoch fällt, wurde das Fest auf Sonnabend, den 13. Februar, Abends 7 Uhr, bei Gronau, Vereinslokal, festgesetzt. Zum Schluß berichtet der Vorsitzende, daß eine Versammlung in Hamburg stattgefunden habe, in der beschlossen sei, die Sperre bei Bernstorff und Voß aufzuheben.

**Wilhelmshaven.** Am 8. Januar tagte hier eine öffentliche Zimmererverversammlung, welche ziemlich gut besucht war. Nachdem das Bureau gewählt, wurde der erste Punkt der Tagesordnung: „Die Lohnbewegung der im Baufach beschäftigten Arbeiter im nächsten Frühjahr“ zur Debatte gestellt. Im Herbst 1896 wurde von einigen Gewerkschaften in Anregung gebracht, ob es nicht angängig sei, daß sämtliche im Baufache beschäftigten Gewerbe im Frühjahr 1897 gemeinsam mit einer Forderung an die Unternehmer herantreten, und zwar um eine Verkürzung der Arbeitszeit und dementprechende Lohnerhöhung. Dieser Vorschlag wurde von den daran beteiligten Gewerkschaften, als Maurer, Zimmerer, Holzarbeiter, Metallarbeiter, Maler, Dachbeder, Bauarbeiter und Lösser, angenommen. Die Kameraden, die sich nun in dieser Sache zum Worte melben, waren mit der Hauptfrage der Forderung: „Verkürzung der Arbeitszeit“, einverstanden. Ein aus der Mitte der Versammlung gestellter Antrag stellte folgende Forderung: „Unstündige Arbeitszeit und 50  $\frac{1}{2}$  Stundenlohn“; er wurde fast einstimmig angenommen. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die anwesenden Kameraden auf, recht fleißig zu agitieren, damit die noch fernstehenden Kameraden sich auch der Organisation anschließen, denn nur vereinte Kräfte führen zum Ziel!

## Baugewerbliches.

**Risiko der Bauarbeiter.** Berlin, 13. Januar. Am Dienstag verunglückte auf dem Terrain der Gewerbeausstellung der Zimmerer Fietin. Beim Entfernen eines Balkens stürzte Fietin so unglücklich auf den hartgefrorenen Erdboden, daß er einen Schädelbruch erlitt. Auf dem Transport zum Krankenhaus hauchte er sein Leben aus.

— 14. Januar. Gestern, als der Maurer Karl Zabel gerade Feierabend machen wollte, stürzte er infolge eines Fehltritts von dem in der zweiten Etage befindlichen Gerüst eines Neubaus am Heinersdorfer Wege in Weiskensee, wo er seit einiger Zeit arbeitete. Er fiel mit dem Kopf auf einen unten liegenden eisernen Träger, zerbrach sich den Schädel und wurde nach dem Krankenhaus geschafft, wo er nach kurzer Zeit verstarb.

**Gegen die unerträgliche Pfuscherei,** welche im Baugewerbe herrscht, hat das Reichsgericht einen Schritt unternommen, über den die Unternehmernpresse jammert. Durch Erkenntnis vom 28. September v. J. hat das Reichsgericht dem § 330 des R.-Str.-G., welcher lautet: „Wer bei der Leitung oder Ausführung eines Baues wider die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst verfährt, handelt, daß hieraus für Andere Gefahr entsteht, wird mit Geldstrafe . . . bestraft“, dahin ausgelegt, „daß kein Grund vorliege, den Begriff der Gefahr auf die Beschädigung oder Schädigung durch äußere mechanische Einwirkung infolge mangelhafter technischer Konstruktion

zu beschränken, sondern, daß die „Gefahr“ nicht minder vorliege in Bezug auf mögliche Erregung innerer Krankheiten als bezüglich äußerer dynamischer Einwirkungen auf andere Personen. Es wird darnach der Architekt auch haftbar sein für Gesundheitschädigungen, die nachweislich aus ungesunder Bauweise eines Hauses Bewohnern desselben verursacht werden.

**Ein Zimmererlehrling in Braunschweig,** dessen Eltern anderwärts wohnen, theilt uns die Aufzeichnungen über seine Einnahme und Ausgabe mit, für die Zeit vom 1. März bis 30. November 1896. Er hat während der Zeit 225 Tage gearbeitet und eine Lohneinnahme von M. 358,18 gehabt. Die Ausgabe beträgt M. 894,27 und vertheilt sich wie folgt: Logis M. 66, Kleidung 50,02, Reisen, Theater, Konzert und Porto 23,63, eine Badekur —, 60, Wittagstisch und Wurst 98,55, Brot 40,25, Butter 36,21, Eier 19,25, Schmalz 5, Käse 3,70, Kartoffeln 2,50, Obst 3,05, Bier 44,81. Die Mehrausgabe ist von den Eltern gedeckt worden.

Der junge Mann hat auch ausgerechnet, daß von seiner Ausgabe die Summe von M. 29,10 als indirekte Steuer in den Staatsfädel geflossen ist.

**Ueber Baugesetze und Bauzwangsversteigerungen** läßt sich die von Heinrich Fränkel herausgegebene Jahresübersicht über Grundbesitz und Hypotheken der Stadt Berlin vernehmen. Die Bauhätigkeit innerhalb des Berliner Reichthums zeigt sich darnach von Oktober zu Oktober in 342 Neubauten (267 in 1895) mit einem Versicherungswerthe von M. 110 401 100 (89 731 400). Die Anzahl aller bebauten Grundstücke betrug am 1. Oktober 1896 23 307 mit einem Gesamtversicherungswerthe von M. 3 615 602 700. Hervorragend theilhaftig waren an dem Zuwachs nur der Osten, Nordosten, Norden und Nordwesten der Stadt. Durch die Furcht vor dem Inkrafttreten der Umkaufsteuer war der freihändige Besitzwechsel im Jahre 1895 auf 2400 Verkäufe gegen 2050 im Jahre 1894 gesunken. „Wie berechtigt diese Furcht war“, so heißt es im Bericht, „zeigt sich dadurch, daß im abgelaufenen Jahre 1896 nach zuverlässiger Schätzung nur noch rund 1800 freihändige Besitzwechsel zu verzeichnen sind.“ Trotz dieses Rückganges ist aber vor Kurzem die Erhöhung der Umkaufsteuer von  $\frac{1}{2}$  auf 1 pSt. der Kaufsumme beschlossen worden. Es kostet also der Ankauf eines Grundstücks in Zukunft rund 2 pSt. an Steuern. Als einzigen Lichtpunkt dieser Verlehrserschwerung muß man sich die Hoffnung vorstellen, daß der Stand der Hauseigentümer wieder wie vormals hergestellt werden soll. Die Bezahlung des Kaufstempels und der Gerichtskosten vor der Auflösung tritt zwar häufig genug noch für den Ueineknechten verblüffend, aber für die Solidität des Hauseigentums sehr legensreich, indem eben die früher so leichten und verlässigten Verschleppungen von Grundstücken an Strohmänner aufgehört haben.“ Die Anzahl der leerstehenden Wohnungen hat sich trotz großer Bauhätigkeit von 33 800 im Januar 1895 auf 26 000 im Frühjahr 1896 vermindert. Die Miethspreise sind zum Theil gesunken.

Die von Oktober bis Oktober durchgeführten Zwangsversteigerungen von Grundstücken innerhalb des Bezirks des Amtsgerichts I Berlin betrugen 384 gegen 388 in der gleichen Periode 1894/95 und 440 in 1893/94. Die Zahl von 384 im abgelaufenen Jahre würde, wie der Bericht sagt, eine bedeutend geringere sein, wenn es nicht einzelnen Großpekulanten gelungen wäre, sich mit ihren 80 bis 40 einzelnen Realitäten bis zu diesem Jahre durchzuschleppen. Durch Schiebungen schlimmer Art wurden die Schuldenslasten aber immer größer, und der künstlich aufgehaltene Zusammenbruch ließ es nicht zu, daß sich die Zahl der dießjährigen Versteigerungen verminderte. Angelegt waren von Oktober bis Oktober im ganzen 536 Zwangsversteigerungen, durchgeführt aber nur 384, so daß 152, gleich zu 30 pSt., vor den Terminen aufgehoben wurden. Die infolge Zwangsversteigerung ausgefallenen Hypotheken erreichten im verfloffenen Etatsjahr wieder die stattliche Höhe von rund 44 Millionen Mark gegen 40 Millionen in 1894/95 und 58 Millionen in 1893/94. Recht interessante Zahlen liefern auch die Zwangsversteigerungen der Vororte und einzelner anderer Gemeinden, z. B. Charlottenburg 134 (gegen 214 im Vorjahre), Weiskensee 73 (82), Kitzdorf 39 (41), Schöneberg 44 (91), Pantow 37 (19), Wilmerdorf 27 (40), Friedenau 12 (14), Steglitz 19 (16), Brehendorf 4 (3), Lichterfelde 37 (18), Tempelhof 1 (5), Potsdam 10 (11), Brandenburg 18 (23), Stettin 39 (83), Breslau 82 (84), Gorkitz 26 (22), Magdeburg 151 (181), Halle 54 (93), Hannover 77 (79).

Die Neubelastung des Berliner Grundbesitzes wird auf 110 Millionen Mark im vergangenen Jahre geschätzt; die Gesamtbelastung beträgt etwa  $4\frac{1}{4}$  Milliarden Mark.

Die Rolle, welche die nominellen Grundstücksbesitzer und die „zweiten Hypothekengläubiger“ im modernen Baugesetze spielen, wird humoristisch in folgenden Worten erklärt:

„An der Beleihungsarbeit des vergangenen Jahres waren die erstklassigen Institute nur wenig theilhaftig. Um so auffallender wurden aber die erstklassigen Beleihungen besprochen, welche in der That den Verkaufswert des Grundstücks erreichten und auch überdritten, so daß den eingetragenen Besitzern nur noch die Rolle eines durch den Ueberschuß manchmal gut aber auch manchmal schlecht dotierten Verwalters verbleibt. Selbstverständlich wird dann noch nach Unerfahrenen für eine zweite Hypothek gesucht, oder das hoch belastete Grundstück wird gegen ein mäßig belastetes vertauscht. Zweite und fernere Eintragungen zu erwerben wird von Jahr zu Jahr gefährlicher und kann kaum noch ohne sachver-



kündiges Gutachten kaufmännischen Berater von Privaten ausgedrückt werden."

An diesen, den Bauhandwerker und Bucher klassisch charakterisierenden Bericht schließt sich mit origineller Logik die Prophezeiung: „Der Berliner Grundbesitz geht den nächsten Jahren mit allen Hoffnungen auf erneuten Aufschwung entgegen, und ist den Besitzern nur anzurathen, an ihrem Besitz festzuhalten und die Zeit besserer Rente wird für die Mühen und Sorgen der letzten Jahre reichlich entschädigen.“ — Auf Kosten der kleineren Mieter natürlich!

**Zur Bekämpfung des Bauhandwerkers** wird noch das nachstehende Rezept empfohlen, und ein Doktor nimmt es bereits unter die Lupe. Dasselbe lautet:

1. Daß das Handelsregister eine neue Ausgestaltung erfahre, indem es auch auf bestimmte Gewerbebetriebe ausgedehnt werde.
2. Daß ein Gewereregister über die Person Aufschluß gebe, auf deren Namen der Gewerbebetrieb angemeldet wurde.
3. Daß das Grundbuch Jedermann zur Einsicht offen stehe.
4. Daß Einsicht in die seitens der Amtsgerichte zu findenden Verzeichnisse derjenigen Personen gewährt werde, welche den Offenbarungseid geleistet haben.
5. Daß das Einwohner-Meldeamt, bezw. die Polizei, nicht bloß den angemeldeten Aufenthalt einer Person, vielmehr auch Herkunft und früheren Aufenthalt derselben beaufschreiben solle.
6. Endlich, daß aus den Polizeiakten über rechtskräftige Verurtheilungen wegen Betrugs, Unterschlagung, Urkundenfälschung, Meineids, Brandstiftung und sonstiger Vergehen wider das Eigentum, ja sogar über eingeleitete gewisse Untersuchungen wegen dieser Strafhandlungen dem Nachfragenden Bescheid erteilt werde.

Wenn man die Bauhandwerker wirklich gegen die Ausfälle durch den Bauhandwerker schützen und dabei das Hypothekenrecht nicht abändern will, so daß die Grundbesitzer das Risiko tragen müssen, dann giebt es nur noch ein Mittel: Dann müssen alle Villondäre gezwungen werden, eine gewisse Zeit Bauunternehmer zu sein. Alles, was sich an Vorschlägen zwischen diesen beiden Polen bewegt, trifft die heutigen Zustände nicht.

**Zum Schutze der Bauhandwerker** hat der Justizminister Schönstedt, wie die „Neuesten Nachrichten“ mittheilen, an die Amtsgerichte eine Verfügung erlassen, worin er empfiehlt, den Bauhandwerkern Einsicht in die Grundbücher derjenigen Grundstücke zu gestatten, zu denen sie Arbeit und Material geliefert haben, ohne daß sie die Erlaubnis der Bauunternehmer nachzuweisen brauchen. Ein Einsicht in die Grundbücher zu erlangen, ist es demzufolge in Zukunft nur noch erforderlich, daß die Bauhandwerker dem Grundbuchrichter gegenüber den Nachweis führen, zu dem Bau Arbeit oder Material geliefert zu haben oder vertragsmäßig liefern zu sollen.

Wie oft wird denn eine solche Verfügung erlassen? Abgesehen aber davon, im Baugewerbe wird mit oder ohne solche Verfügung weiter gewürfelt.

**Der preussische Staat als Bauarbeitgeber.** Die im Etatsjahre 1895—96 für Rechnung des preussischen Staats ausgeführten 460 Bauten waren zu M. 17027616 veranschlagt und sind dann für M. 15841352 ausgeführt worden, so daß sich der Staat einer „Ersparnis“ von M. 1186264 erfreut. Diese Summe ist den Bauarbeitern von den Knochen abgeschunden worden; das Mittel dazu bildet das Submissionswesen!

**Eine Ausstellung von Erzeugnissen des gesamten Dachdeckerhandwerks** und der mit ihm verbundenen Gewerbe wird in Berlin am 2., 3. und 4. Februar stattfinden. Wir empfehlen dort auch einige bei der Ausstellung des Handwerks zu Kruppeln gewordene Arbeiter mit auszustellen; einige Leichen, bei Ausstellung des Handwerks getödteter Arbeiter, würden den Werth der Ausstellung noch erhöhen.

## Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

**Zimmerer Sachsens.** Alle Anfragen in Betreff der Organisation, Agitation, Versammlungen etc., sind an Heinrich Höyer, Leipzig, Steinstr. 35, Part., zu richten, während Gelder direkt an Paul Kürtz, Leipzig-Volkmarisdorf, Elisabethstraße 10, zu richten sind.

Das Agitationscomité der Zimmerer Sachsens.  
Im Auftrage: Höyer.

**Die Zimmerer in Eilenburg,** die bisher mit einem sehr knappen Lohn abgepeist wurden — der Stundenlohn schwankt zwischen 22 und 35  $\frac{1}{2}$ , die Mehrzahl erhält 24 bis 30  $\frac{1}{2}$  pro Stunde — beschloßen in einer öffentlichen Versammlung am 10. Januar, die zehnständige Arbeitszeit, 35  $\frac{1}{2}$  Stundenlohn und für Ueberstunden 45  $\frac{1}{2}$  zu fordern. Eine Kommission wurde beauftragt, die Forderungen den Meistern zu unterbreiten.

**Aus Erlangen** wird uns geschrieben, daß der Inhaber eines der größten Zimmerplätze Gewohnheiten hat, die werth sind, der Deffentlichkeit bekannt gegeben zu werden. Silvesterabend ließ er Nachmittags um 3 $\frac{1}{2}$  Uhr Feierabend bieten, durch seine Wags, die bei ihm mehr zu gelten scheint als der Polier. Indessen wurde dieser Feierabendbegriff gerne gezeihen, verbuchte Gesichter zeigten sich erst, als der Meister anstatt den

vollen Lohn nur einen Dreivierteltag bezahlte. Dabei hatte er dann ein sehr gutes Geschäft gemacht, denn der Arbeitstag geht nur von Früh 7 bis Abends 5 Uhr. Hoffentlich tragen solche Praktiken dazu bei, recht bald die Lohnberechnung nach Stunden zu fordern.

**Provokation.** Die Zimmerer in Greiz haben bekanntlich ihre bescheidenen Forderungen den Zimmermeistern unterbreitet. Diese wissen, daß bereits hundert Zimmerer in Greiz dem Verbanne angeschlossen. Aber weit davon entfernt, die organisierte Macht nun anzuerkennen und mit derselben zu unterhandeln, versuchen die Innungsmeister die alten nichtswürdigen Mittel, die auch anderwärts dazu beigetragen haben, das Verhältnis zwischen Meister und Gesellen zu einem durchaus feindseligen zu gestalten; sie haben den Vertrauensmann des Verbandes gemäßregelt und zwar mit der Motivierung, er habe die Innung beleidigt. Ganz abgesehen davon, daß sich der Vertrauensmann einer solchen Beleidigung nicht bewußt ist, die Herren glauben, nun würde zwischen Weihnachten und Neujahr ein Streik ausbrechen, den sie dann auszuheuern gedachten. Der Vertrauensmann hat es aber glücklicher Weise abgelehnt, seine Wiedereinstellung durch einen Streik zu erzwingen. Dazu kommen passendere Zeiten!

**Der Streik der Zimmerer und Maurer in Veggast** dauert unverändert fort; eine Versammlung am 12. Januar beschloß die Aufrechterhaltung und bezeichnete Jeden als Streikbrecher, der vor dem 1. April die Arbeit aufnimmt, bevor der Streik von der Leitung als beendet erklärt ist. Die Situation ist für die Streikenden dadurch günstiger geworden, daß die Steingutfabrik zu einem Drittel abgebrannt ist. Die Meister suchen eifrig nach Streikbrechern.“ Der Zugzug ist strenge fernzuhalten.

**Aus Berlin.** Es bestätigt sich, was wir schon in voriger Nummer mittheilten, daß nämlich die hiesige Innung, „Bund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister“, in ihrer letzten Generalversammlung einstimmig beschloßen hat, den Beginn der Arbeitszeit in Rücksicht auf die vielfach sehr weiten Wege auf 7 Uhr festzusetzen und die Dauer der zu leistenden Arbeitszeit, sowie auch die Höhe des Lohnes der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu überlassen. Eigenthümlich berührt aber eine Auslassung der „Baugewerkszeitung“, die sie in derselben Nummer bringt, in welcher sie den obigen Beschuß mittheilt. Sie versucht, ihre Leser vor der geplanten Lohnbewegung der Maurer und Zimmerer gaulich zu machen, die selbst nach der genannten Zeitung nur bewirkt, „in erster Linie den Reunfundentag und die Abschaffung der Affordarbeit durchzusetzen.“ Und das Blatt jammert weiter: „So wird also jedes Baugeschäft im Frühjahr wieder mal mit Streikbewegungen zu rechnen haben. Die Abschaffung der Affordarbeit ist die ungerechtfertigte Forderung, welche sich denken läßt, weil die Bezahlung nach der Leistung damit beseitigt werden soll. Sie ist ein Auswuchs der Sozialdemokratie und wird hoffentlich niemals eingeführt werden. Aber auch die Reunfundentarbeit ist für das Baugewerbe eine unberechtigte Forderung, da thatsächlich — Winter und Sommer gerechnet — die Bauarbeiter schon jetzt beim Reunfundentag im Durchschnitt nur neun Stunden arbeiten. Wer in dem wahrscheinlich im Frühjahr bevorstehenden Kampf unterliegen wird, wird ganz von der Organisation abhängen. Wir behaupten, daß diejenige Partei, welche den Arbeitsnachweis mit Erfolg einrichtet und durchzuführen versteht, Sieger bleiben wird. Die bevorstehende Bauthätigkeit ist keineswegs geeignet, den Bauarbeitern große Aussichten auf Erfolg zu gewähren, da der große Ueberfluß an Wohnungen noch immer andauert und den Häuserbau nicht rentabel macht.“

Die letzteren Ausführungen beweisen, daß die „Baugewerkszeitung“-Männer keine Ahnung haben vom großstädtischen Baugewerbe.

**Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Zimmerer in Königsberg i. P.** werden wieder einmal durch folgende Gewerbegerichtsverhandlungen in ein helles Licht gerückt:

Der Zimmerer Loethe hatte gegen den Bauunternehmer Ploneit wegen einer Restforderung an Lohn, die der Kläger ursprünglich auf M. 155,50 angab, geklagt. Von dieser Summe sollen M. 78,83 von Affordarbeiten herrühren. Die Arbeiten wurden an dem Bau des Körnermagazins in Pillau ausgeführt. Während der Affordarbeiten wurden auch noch Lohnarbeiten gemacht, die der Beklagte jetzt mit in den Afford hineinrechnen will. In der Sitzung vom 10. Dezember erklärte Ploneit, daß er zugebe, wohl noch etwas schuldig zu sein, aber er hätte eine Gegenrechnung, denn der Kläger hätte ihm mindestens M. 500 Schaden gemacht. Es wurde beschlossen, den Maurermeister Worgall, von dem Ploneit die Arbeit übernommen habe, als Zeugen zu vernehmen. Im Termin am 17. Dezember, in welchem der genannte Zeuge vernommen wurde, stellte der Beklagte neue Behauptungen auf, unter Anderem auch, daß er dem Kläger am 10. November M. 80,50 gegeben habe. Wieder frische Aufrechnungen mußten gemacht werden, bis schließlich im Termin am 24. Dezember so viele Beweisaufnahmen und Gutachten erforderlich wurden, daß Herr Stadtrath Thießen einen Termin auf den 4. Januar anberaumen mußte. In diesem Termin wurde die Sache so weit geklärt, daß beide Parteien sich darüber einig waren, daß der Kläger noch M. 51,20 zu bekommen hatte. Der Beklagte machte jedoch wieder neue Einwendungen. Er behauptete, der Kläger hätte ihm für über M. 50 Bretter verschnitten und beantragte die Beweisaufnahme

durch den Sachverständigen Zimmermeister Wendigs. Da jedoch der Beklagte für seine Behauptung vom 4. Januar nicht den geringsten Anhalt geben konnte, wurde von der Beweisaufnahme Abstand genommen. Der Kläger ließ dann noch M. 1 von seiner Forderung ab. Es wurde festgestellt, daß der ganze Arbeitslohn M. 479,39 betrug, von dem der Kläger M. 433,70 erhalten hatte. Es bleiben somit M. 45,61 übrig. Der Beklagte wird zu dieser Summe verurtheilt und der Kläger mit seiner Mehrforderung, etwa M. 5, abgewiesen. Die Kosten wurden mit M. 2,70 dem Beklagten und mit 80  $\frac{1}{2}$  dem Kläger zur Last gelegt.

Solche Vorkommnisse wären nicht möglich, wenn alle Zimmerer in Königsberg zum Verbanne gehörten und einen festen Lohnstarif einführten und denselben verteidigten.

**In Breslau,** wo sich die Baugewerksmeister bisher den Lügen gestatteten, eine Innung der Zimmermeister, eine solche der Maurermeister und daneben noch eine für Maurer- und Zimmermeister zu unterhalten, hat sich „auf Grund der beim vorjährigen Lohnkampfe gemachten Erfahrungen“ die letztere aufgelöst. Die Mitglieder derselben sind, je nach ihrem Beruf, den zwei älteren Innungen beigetreten.

**Die Baugewerksmeister in Stettin** haben nach einer Korrespondenz in der „Baugewerksztg.“ beschlossen, im kommenden Bauesmeister für Maurer und Zimmerer bis 45  $\frac{1}{2}$ , für Bauarbeiter bis 35  $\frac{1}{2}$  Stundenlohn zu zahlen. Die Maurer und Zimmerer Stettins werden sich und den Herren Meistern zu helfen wissen, damit diese nicht unter 45  $\frac{1}{2}$  zahlen.

**Die Partikularisten vom Bayerischen Zimmererbund** haben auch ihre Zuhörner nach Rosenheim ausgedrückt, um hier unter dem Protektorate der Herren Keiler eine Filiale ihres Harmoniebundes zu gründen. So waren denn am Sonntag drei Münchener Hauptmacher erschienen, um die hiesigen Zimmerer zu fördern. Zu der mit dem Feldgeschrei: „Kein Geld nach Preußen“ zusammengetrommelten Versammlung waren ganze fünf hiesige Zimmerer erschienen, die auf die Fahne des Bundes geschworen hatten. Die beiden Münchener Feldherren Tremmel und Luginer suchten denn auch den deutschen Zimmererverband mauertödt zu machen, dabei wußten sie aber thatsächlich nichts in's Feld zu führen, als beim Münchener Streik sei kein Geld von der Hauptkasse geschickt worden, was aber von zwei ebenfalls anwesenden Zentralverbändlern energisch zurückgewiesen wurde. Von Rühlmann wurden die Bündler so zugebeißt, daß sie nicht ein noch aus wußten. Sie suchten sich dann auf's persönliche Gebiet zu begeben, hatten aber ebenfalls kein Glück und schließlich flüchteten sie sich durch vorzeitigen Schluß der Versammlung. Für den Festes- ausstand der Herren Tremmel und Luginer mag sprechen, daß Ersterer auch nicht ein zusammenhängendes Wort hervorbrachte, und erklärte, er wisse nicht, wie die materielle Lage der Mitglieder des Bundes gehoben werden könne, da sie keine Streiks usw. wollten. Und dabei ist der Mann Vorstand des „großen“ Bayerischen Zimmererbundes. In Rosenheim hatten die Herren denn auch wenig Glück, sie konnten keine neuen Anhänger gewinnen und die Münchener Kameraden vom Zimmererverbände werden Sorge tragen, daß es auch in Zukunft nicht geschieht. („Münch. Post.“)

**Den Nürnberger Zimmererbundes-Männern** in's Stammbuch. Im Baubericht der Nürnberger Innungsmeister für 1896 heißt es: „Größere Arbeiten der Stadt wurden mit 12—18 pzt. Aufgebot vergeben. Der Staat hat für ein Ingenieurgebäude kein Angebot genehmigt, da denselben solche zu hoch erschienen.“ Die Herren Meister haben also ganz allein das Feld von der Suppe geschöpft. Ueber die Hilfslosigkeit der Gesellen, die durch die Quertreiber der Hagen und Genossen herbeigeführt wird, berichten die Meister ironisch: „Maurer, Steinhauer und Zimmerleute streikten allgemein partiell (w. v. den Forderungen im Allgemeinen wurde) aber keine erfüllte.“ Mögen sich die Quertreiber ihre Belohnung von den Meistern holen — einen Fußtritt.

**Zur Frage der Tariffgemeinschaft im Baugewerbe in Mannheim.** Bekanntlich hat ein Theil der Mannheimer Zimmermeister sich zu einer Organisation vereinigt, deren Absicht dahin geht, den von dem Gewerbegericht vereinbarten Vertrag zu durchbrechen und die Organisation der Zimmerer zu „erschmettern“. Die Hoffnung der Arbeiter im Baugewerbe, auf Jahre hinaus Ruhe erlangt zu haben, ist damit von den Meistern zu Nichts gemacht worden. Sie haben daraus gelernt, daß auf ein friedliches Entgegenkommen seitens der Herren Unternehmer nicht zu rechnen ist, sondern daß nur eine stramme Organisation im Stande ist, das zu erhalten, was im verfloßenen Jahre errungen wurde, und werden sich darnach zu richten wissen. Die von den Meistern erfolgte Tariffändigung ist im Großen und Ganzen nur das Werk einzelner Arbeitgeber, welche in kleinlicher Profitwuth das einzige Mittel, sich zu bereichern, nur darin sehen, ihren Arbeitern den Lohn auf das Existenzminimum zu beschneiden, und alle Hebel in Bewegung setzen, um ihre Absicht durchzusetzen. Mit welch gemeinen Mitteln sie dabei den Kampf führen, geht daraus hervor, daß sie unter dem Publikum die Meinung verbreiten, sie könnten für das kommende Frühjahr keine Baukontrakte abschließen, weil die Zimmerleute streiken



wollten und man nicht wisse, wie die Sache ausgehe. Demgegenüber erklärt die Organisation der Zimmerer, daß sie nicht im Traume an einen Streik denkt, aber fest entschlossen ist, sich die Erzeugnisse der Bewegung des Jahres 1896 zu erhalten. Wollen die Meister sie ihnen mit Gewalt entreißen, und werden die Zimmerer gezwungen, sich durch einen Streik ihre Rechte zu wahren, so ist das ein Abwehrstreik, der von den Zimmermeistern gewalttätig provoziert wurde und für den in vollem Umfange nicht die Arbeiter, sondern die Meister die Verantwortung tragen. Die Gründe, welche die Meister für die Kündigung des Lohns angeben, sind in keiner Weise stichhaltig. Bei einer Unterredung mit der Lohnkommission der Arbeiter (im „Weinberg“) gab der Vorsitzende der Meistervereinigung ausdrücklich selbst zu, daß der Minimallohn für die Meister selbst von Bedeutung ist und zwar insofern, als dadurch den unlauteren Preisunterbietungen bei Übernahme von Arbeiten ziemlich entgegengearbeitet wird. Warum wollen also die Meister den Lohnsatz wieder beseitigen? Weil sie zu ihrem eigenen Schaden einigen konkurrenzwilligen Meistern, welche die Aufträge zu jedem Preise an sich zu ziehen suchen, freie Bahn schaffen wollen, um durch ihre Konkurrenz den Verdienst der Meister wie der Arbeiter auf einen Hungerlohn herabzubringen. Leben und leben lassen, ist das Hauptgebot eines anständigen Geschäftsgehabens. Offenlich überlegen sich die einschichtigen Meister nochmals, was sie mit der Kündigung des Lohnsatzes für einen Fehler begangen haben und treten noch davon zurück, bevor die Arbeiter zu einem neuen Kampfe gezwungen werden.

**Der große Schuhmacherstreik in Weiskensfeld.** den wir in voriger Nummer anbeuteten, ist eingetreten. Montag, den 11. Januar, wurde in allen Fabriken den Arbeitern gekündigt und diese beschloßen darauf, die Arbeit sofort einzustellen. 3000 Arbeiter traten darauf am Dienstag früh in den Streik ein, nachdem alle Einigungsversuche, die dahin gingen, die Fabrikanten zu bestimmen, die Kündigung zurückzunehmen, am Stillsitzen der Fabrikanten gescheitert waren. In 19 größeren Fabriken herrscht völlige Arbeitsruhe, während in 8 Fabriken theilweise gearbeitet wird. Die übrigen Fabriken arbeiten vollständig.

Zugung von Schuhmachern nach Weiskensfeld ist auf's Strengste fernzuhalten.

Die Streikenden beschloßen vor Eintritt in den Streik: „Die eventuell in den Streik eintretenden Arbeiter und Arbeiterinnen erklären hiermit, für die erste Woche des Ausstandes auf die Unterstützung zu verzichten, um den Herren Fabrikanten zu zeigen, daß die Arbeiter gewillt sind, der erfolgten Herausforderung mit aller Energie entgegenzutreten und auf die Dauer des Streiks sich einmal noch größere Entbehrung auszuwerfen, wie sie im Arbeitsverhältnisse von jeher gewöhnt sind.“

**Hasenarbeiterbewegung.** Hamburg, 17. Jan. Nachdem sieben Wochen hindurch die Streikenden treu und geschlossen zusammen gehalten haben und der Arbeitgeberverband gleichzeitig hart am Prinzip festgehalten, daß mit den Streikenden nicht in Unterhandlung zu treten ist, hat der Arbeitgeberverband eine Kundgebung veröffentlicht, nach welcher die Hoffnung erscheint, daß ein Frieden zu Stande kommen kann, bei welchem keine der streikenden Parteien einer Demüthigung ausgesetzt wird.

Der Arbeitgeberverband hat an den Senat von Hamburg folgende Zuschrift gerichtet:

An  
Einen Hohen Senat.

Der wohlmeinende Rathschlag, welchen der Hohe Senat den ausständigen Hasenarbeitern in Erwiderung auf ihr Gesuch erteilt hat, ist von diesen nicht befolgt worden, weil ihnen eingedrungen wird, daß sie in der bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit eine Demüthigung zu erblicken haben. In Wirklichkeit enthält das Versprechen des Senats, eine die Abstellung von etwaigen Mißständen bezweckende Untersuchung der Arbeitsverhältnisse einzuleiten, ein Entgegenkommen, dem gegenüber vor einer Demüthigung nicht die Rede sein kann. Andererseits scheint den Arbeitern noch das Vertrauen in den guten Willen der Arbeitgeber, an solcher Untersuchung ehrlich mitzuwirken, benommen zu sein.

Die Arbeitgeber können vor beendigem Ausstände den erhobenen Forderungen nichts nachgeben, ohne sich fortgesetzten unerträglichen Beunruhigungen in ihrem Erwerbsleben auszusetzen, am wenigsten jetzt, wo sie nicht mehr zu besorgen haben, zum Nachgeben gezwungen zu werden. Der Arbeitgeberverband ist jedoch von dem Wunsche befeßt, den Beweis zu liefern, daß er es mit der Abstellung etwa vorkommender Mißstände ehrlich meint, und den Ausständigen den Schritt zu erleichtern, zu der Arbeit zurückzukehren, welche ihnen umso mehr verschlossen sein wird, je länger sie die Rückkehr hinauschieben. Dem Verbanne sind zwar erhebliche Mißstände, soweit solche nicht in der allgemeinen Mangelhaftigkeit menschlicher Einrichtungen liegen, nicht bekannt. Er wird sich jedoch gern darauf aufmerksam machen lassen, und gekattelt sich deshalb, bei Hohen Senate zu beantragen, unabhängig von der geplanten Untersuchung einen Haseninspektor anzustellen, dessen Aufgabe es sein wird, nach Art der Fabrikinspektoren die Arbeitsverhältnisse auf allen Gebieten des Hasenverkehrs zu überwachen und Besserungen herbeizuführen, wo solche angebracht sind. Es steht zu hoffen, daß damit eine den Arbeitern erwünschte

und dem sozialen Frieden nützliche dauernde Institution geschaffen werden wird.

Eines Hohen Senats ehrenbietetig ergebener  
Arbeitgeber-Verband von Hamburg-Altona,  
Herrn Blohm,  
Vorsitzender.

Hamburg, den 12. Januar 1897.

Zwar enthält dieses Schreiben keinesfalls eine Garantie dafür, daß offen und ehrlich die Hand zum Frieden geboten werden soll, doch ist nach Form und Inhalt zu erwarten, daß die Unternehmer geneigt sind, eine Verständigung herbeizuführen. Die Streikenden haben unverzüglich nach Bekanntwerden dieses Schreibens Stellung zu demselben genommen. In den am 13. Januar abgehaltenen 18 Versammlungen der Streikenden wurde folgende von der Streikleitung vorher vereinbarte Resolution angenommen:

„Bezugnehmend auf das seitens des Arbeitgeber-Verbandes an Einen Hohen Senat am 12. Januar d. J. gerichtete Schreiben erklärten die streikenden Seeleute und Hafenarbeiter:

Eine bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit ist und bleibt für uns eine Demüthigung, es ist unserer Ehre zuwider, in eine solche zu willigen. Die große Mehrheit der Streikenden hat den Vorschlag trotz der Empfehlung der Annahme desselben durch das Streit-Comité abgelehnt, weil in demselben keine Garantien geboten waren, daß unsern berechtigten Beschwerden Rechnung getragen, die Entscheidung über Differenzpunkte durch ein unparteiisches Schiedsgericht ihre Erledigung finden würden, daß vor Allem aber die alten Arbeiter eingestellt und keine Maßregelungen der während des Streiks in Vertretung unserer Interessen hervorgetretenen Personen vorgenommen würden.“

Auch in der vom Arbeitgeber-Verband vorgeschlagenen Anstellung eines Haseninspektors, um welche wir seit Jahren vergebens petitionirt und deren Nothwendigkeit wir wiederholt nachgewiesen haben, können wir eine Erledigung der momentan obwaltenden Differenzen nicht erblicken. Die Untersuchungen eines Haseninspektors müssen sich nach unserem Dafürhalten allerdings außer auf die von uns seit Jahren öffentlich gerügten Mißstände auch auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen erstrecken. Eine Abstellung der Mißstände, eine Verringerung der Lohn- und Arbeitsbedingungen liegt aber nicht in der Machtbefugnis eines Haseninspektors, dazu ist und bleibt die Einwilligung der Arbeitgeber als solcher erforderlich. Es liegt uns fern, unsere Arbeitgeber durch die Forderung einer bedingungslosen Unterwerfung ihrerseits demüthigen zu wollen.

In Veranlassung der Aeußerung des Arbeitgeber-Verbandes und zur Herbeiführung eines wirklichen und andauernden Friedens richten wir deshalb das Ersuchen an den Arbeitgeber-Verband, nunmehr durch eine aus seiner Mitte gewählte Kommission direkt interessierter Arbeitgeber mit einer von uns gewählten Kommission über die Friedensbedingungen in Verhandlung treten zu wollen. Gegenseitiges Vertrauen kann nur aufgebaut werden auf gegenseitiger Achtung, ein andauernder Friede kann nur herbeigeführt werden, wenn dieser die Interessen unserer Vaterstadt schwer schädigende Streik einen verabschieden, keinen der streitenden Parteien verletzenden Abschluß findet. Hierzu bieten wir unsere Hand, niemals aber zu einer uns beschämenden, unser innerstes Empfinden verletzenden bedingungslosen Unterwerfung.

Nachdem alle bisherigen Vermittlungsversuche durch nicht direkt betheiligte Personen und Körperschaften vergeblich gewesen und obgleich die Aeußerung des Arbeitgeber-Verbandes nicht ausdrücklich an unsere Adresse gerichtet ist, beauftragen wir, um im Interesse der Allgemeinheit jede Zeitverschwendung zu vermeiden, unsere Kollegen: Böhring, Schauermann; Kehl, Ewerfänger; Landahl, Staatsqualarbeiter; Seidel, Speicherarbeiter; Herrich, Seemann; Krüger, Dornhmann; Schmaljohann, Kesselreiniger, sich nunmehr mit dem Arbeitgeber-Verband in Verbindung zu setzen und sind überzeugt, daß bei gleichem Entgegenkommen unserer Arbeitgeber es uns schwer gelingen wird, einen beide Theile befriedigenden Modus zur Beendigung des Streiks zu finden.“

Die Streikenden haben mit diesem Beschluß auf's Neue dokumentirt, daß sie bereit sind, zu einem ehrlichen Frieden die Hand zu bieten. Wenn der Arbeitgeber-Verband es mit dem in dem Schreiben an den Senat ausgesprochenen Wohlwollen ernst meint, wenn er überhaupt den Frieden ohne Demüthigung der Streikenden will, dann wird er auf den in jeder Weise entgegenkommenden Vorschlag der Streikenden eingehen.

Die lange etwaige Unterhandlungen sich hinziehen werden, ist nicht abzusehen. Die Stellung der Streikenden darf während dieser Zeit aber besonders in finanzieller Hinsicht nicht verschlechtert werden. Deswegen müssen auch bis zum vollständigen Abschluß der Differenzen die Sammlungen für die Ausständigen fortgesetzt werden. Die nächsten Tage werden wichtige Entscheidungen in diesem gewaltigen Kampfe bringen. Noch stehen die Streikenden geschlossen und nicht im geringsten wankelmüthig da, und der so glänzend bewiesene Opfermuth der deutschen Arbeiterkraft wird sich auch für die nur kurze Zeit der Entscheidung so bewähren, daß die Mittel zur Unterstüßung bis zum letzten Augenblick ausreichen.

**Der Steinsekerstreik in Hamburg-Altona** hat nach der uns zugegangenen „vorläufigen Abrechnung“ M. 29 942,82 gekostet. Davon entfallen auf Unterstüßung der Streikenden M. 29 116,50; Porto, Schreibmaterial, Drucksachen usw. M. 291,45; Fahrgehalt für Ab- und Zureise M. 221,67; Agitation und Rechtschutz M. 312,70. Eingegangen sind M. 30 977,39.

**Sammlungen zu Streikzwecken.** Das Gewerkschafts-Komitee in Schwerin hat beschlossen: In Zukunft werden Sammelkassen nicht mehr zurückgeschickt. Die Kassen werden vom Komitee geprüft und der auf die Kassennummer entfallende Betrag wird vermerkt und dann dem betreffenden Streikkomitee zugesandt. Es genügt übrigens ein Situationsbericht, um das Komitee zu veranlassen, Sammlungen zu Streikzwecken vorzunehmen.

**Ueber die Wirkung guter gewerkschaftlicher Organisationen** läßt sich die „Kreuzzeitung“, das Organ der schlimmsten Gewerkschaftsfeinde, aus Dänemark schreiben:

Das Jahr 1896 war für die dänische Arbeiterbevölkerung verhältnismäßig ruhig. Streiks von Bedeutung haben fast gar nicht stattgefunden. Der Grund hierfür muß entschieden darin gesucht werden, daß die Organisation sowohl unter den Meistern als unter den Gesellen einen hohen Grad von Festigkeit erreicht hat. Dies ist eine Folge davon, daß man die gegenseitige Stärke einigermaßen erkannt hat und es vorzieht, etwaige Streitigkeiten im Wege gütlicher Uebereinkunft zu erledigen. In Kopenhagen streikten zu Anfang des Jahres die Schuhmachergesellen und die Kupferschmiede auf der Werft von Burmeister & Wain; diese beiden Lohnkämpfe endeten im Frühjahr durch gütliches Uebereinkommen. Im Oktober führte ein kurzer Streik der Grobbädergesellen zu einer verhältnismäßig bedeutenden Lohnerhöhung. Dagegen endete ein im November ausgebrochener Streik der Wolltuchler mit einer absoluten Niederlage für die Streikenden, obgleich es sich gar nicht um eine Lohnfrage handelte, sondern allein um das Recht der Rutscher, Mitglieder eines Fahrvereins zu sein. Eine ähnliche Frage war die Ursache eines Landarbeiterstreiks in der Nähe von Aarhus, der damit endigte, daß das Vereinsrecht der Arbeiter anerkannt wurde. Auf dem platten Lande ist man übrigens vom Streik verschont worden, auch sind solche kaum in absehbarer Zeit zu gewärtigen. Es soll nämlich die allgemeine Anschauung bei den Leitern der Arbeiterpartei vorherrschen, daß Arbeitsverhältnisse der Landarbeiter unter den gegenwärtigen Konjunkturen unmöglich zu einem günstigen Resultat führen können. In Kopenhagen sind die Arbeitsverhältnisse während des ganzen Jahres günstig und die Arbeitslosigkeit ist in dem bisher verfloßenen Theile des Winters nur sehr gering gewesen.

## Polizeiliches und Gerichtliches.

**Aus Stargard i. Pomm.** wird uns geschrieben, daß die dortigen Zimmerer am 20. Oktober 1896 zusammengekommen waren, um Stellung zu nehmen zu der bekannten Zuchtordnung des Zimmermeisters Dietrich. Darauf wurden die Zimmerer von einem Meister — ob im Auftrage der Anderen, konnte noch nicht festgestellt werden — bei der Staatsanwaltschaft denunziert, eine nicht angemeldete Versammlung abgehalten zu haben.

Am 29. Dezember hat Verhandlung vor dem Schöffengericht stattgefunden und da wurden die Angeklagten freigesprochen, so daß der Wunsch der elenden Denunzianten doch nicht in Erfüllung gegangen ist.

## Bermischtes.

**Folgende Kalendereigenlichkeiten** werden nicht allgemein bekannt sein. Der Oktober beginnt stets an demselben Wochentage mit dem Januar, der April mit dem Juli, der Dezember mit dem September. Februar, März und November fangen stets an demselben Wochentage an; Mai, Juni und August aber unter sich an einem anderen Wochentage. Indeß gelten diese beiden Regeln nicht für Schaltjahre. Ein Jahrhundert kann niemals mit einem Mittwoch, einem Freitag oder einem Samstag anfangen. Das gewöhnliche Jahr endet stets an dem Wochentage, an dem es begonnen hat. Jedesmal nach 28 Jahren kehrt derselbe Kalender wieder.

## Beramlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden Versamlungs-Anzeigen bis zu 3 Zeilen Raum unentgeltlich aufgenommen.)

- Altona.** Mittwoch, den 27. Januar, bei Rüdger, Lohmühlenstr. 86.  
**Bergedorf.** Sonnabend, den 30. Januar, Abends 8 Uhr, in „St. Petersburg“.  
**Dachau.** Sonntag, den 31. Januar, Nachmittags 4 Uhr, in der „Germaniahalle“.  
**Eisenach.** Sonntag, den 31. Januar, Vormittags 9 Uhr, bei Böding, Turnerstraße.  
**Calbe.** Sonnabend, den 30. Januar, beim Restaurateur Friede.  
**Delmenhorst.** Sonnabend, den 30. Januar, beim Gastwirth Lusthorn, Langestraße.  
**Eisenach.** Freitag, den 27. Januar, Abends 7½ Uhr, im „Frühlichen Mann“.  
**Flottbek.** Sonntag, den 31. Januar, bei Schnepel in Altenstedten.  
**Gaarden.** Donnerstag, den 28. Januar, Abends 8 Uhr, bei Petersen, Ecke der Schul- und Kielerstraße.  
**Geringwalde.** Sonntag, den 31. Januar, Abends im Restaurant „Zum Schützenhause“.  
**Greifswald.** Mittwoch, den 27. Januar, Abends 7½ Uhr, bei Kurth, Mühlenstr. 26.  
**Hamburg.** Donnerstag, den 28. Januar, Abends 8½ Uhr, bei Hilmer, Gänsemarkt.



**Krißh.** Sonntag, den 31. Januar.  
**Lauenburg.** Sonntag, den 31. Januar, Nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal.  
**Linden.** Dienstag, den 26. Januar, beim Gastwirth Korth, Pavillonstr. 2.  
**Memel.** Sonntag, den 31. Januar, Nachmitt. 4 Uhr, bei Weiße, Holzstr. 9.  
**Mülheim a. Rh.** Sonntag, den 31. Januar, Vorm. 11 Uhr, bei Gogen, Dammstr. 7.  
**Neumünster.** Mittwoch, den 27. Januar, bei Kellermann, Blücherstraße.  
**Nordenham.** Mittwoch, den 27. Januar, in Brouwer's Gasthof, Peterstr. 10.  
**Pinneberg.** Sonntag, den 31. Januar, Nachmittags 4 Uhr, in der „Centralhalle“.  
**Rathenow.** Sonnabend, den 30. Januar, Abends 8 Uhr, im „Fischen Restaurant, Wühlensstraße.“  
**Spandau.** Dienstag, den 26. Januar, Abends 8 Uhr, bei Radtke, Neumarkterstr. 5.  
**Wandsbeck.** Mittwoch, den 27. Januar, bei Gronau, Hamburgerstraße.  
**Waren.** Sonntag, den 31. Januar, auf der Herberge.  
**Wartin.** Sonntag, den 31. Januar, Nachm. 6 Uhr, auf der Herberge.  
**Weimar.** Sonnabend, den 30. Januar, Abends 8 Uhr, in Hoffmann's Kaffeehaus.

## Briefkasten der Redaktion.

\* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission für die Lokalvorstände respektive Vertrauensleute bei.  
 \* Die Anzeigen aus Würzburg und Pirna gingen für die Nr. 3 zu spät ein.

## Quittung.

Für die streikenden Hafenarbeiter Hamburgs gingen bei dem Unterzeichneten ein von den Zahlstellen: Uelzen M. 14,45, Lahr i. Baden 11,55, Sonneberg 25, Danzig 50, Quidborn 1,80, Schönberg i. M. 15, Wedel 26,80 (auf Listen).  
 Hamburg, den 19. Januar 1897.  
 Fr. Schrader.

## Sterbe-Tafel.

Hamburg. Ludwig Giesmann, gestorben am 12. Januar.  
 Harburg. Janke, gestorben am 5. Januar.

## Anzeigen.

(Den Anzeigen wird der Kostenpreis in Klammern beigedruckt. Wir ersuchen, ohne weitere Aufforderung, das Geld in Briefmarken unter der Adresse A. Brinmann, Hamburg-Warmbeck, Fehlfeldstraße 28, 1. Et., einzusenden.)

## Todes-Anzeige.

Am 13. Januar verstarb unser treues Mitglied  
**Carl Reich**  
 nach zehntägigem Krankenlager im 53. Lebensjahre.  
 Ehre seinem Andenken!  
 [M. 3] Die Zahlstelle Königsberg.

## Zahlstelle Stettin. [60 M.]

**Außerordentliche Generalversammlung**  
 am Dienstag, den 26. Januar 1897,  
 im Lokale des Herrn Kempfert, Grünhof.

## Dresden.

## Große Versammlung [M. 2,10]

im Saale des Vereins für Volksbildung,  
 Schöbingerstraße 23,  
 am Mittwoch, den 27. Januar, Abends 8 Uhr.

### Tagesordnung:

1. Abrechnung vom dritten und vierten Quartal v. J.
2. Antrag des Vertrauensmanns auf Erhöhung der Kolportagebeiträge bei Zustellung des „Zimmerer“ durch die Reichspost. 3. Anträge an die Generalversammlung.
4. Vorschläge von Delegierten zur Generalversammlung.
5. Stellungnahme zum Agitationscomité der Zimmerer Sachsen.

Die Verbandsmitglieder werden ersucht, ihre Bücher mitzubringen.

Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber ist pünktliches Erscheinen nötig, da die Versammlung pünktlich eröffnet werden muß.  
 Der Vertrauensmann.

## Zahlstelle Köln a. Rh.

Am Sonntag, 24. Januar, Abends 7 Uhr,  
 veranstaltet die hiesige Zahlstelle eine

## Gemüthliche Abendunterhaltung

im Vereinslokal. Die Mitglieder nebst Familien sind freundlichst eingeladen. [M. 2,70] Der Vorstand.

## Achtung!

Der Zimmerer Eisenblätter aus Lübeck, Buchnummer 17714, ist, weil er im Hamburger Hafen als Streikbrecher gearbeitet hat, aus dem Verbands ausgeschlossen worden. [M. 1,80] Zahlstelle Schleswig.

## Achtung!

Das Mitglied Friedrich Rosenthal, Buch-Nr. 9712, ist von hier abgereist, ohne das Werkzeug abzuliefern. Sollte Jemand die Adresse desselben wissen, so wird gebeten, Unterzeichneten davon zu benachrichtigen.

Carl Schmiat, Zimmerer,  
 Grohn b. Wegefall.

## Fachschriften für die Baugewerbe.

Kataloge gratis und franko.  
**Joh. Sassenbach, Bücher-Verband, Berlin 4.**

Wir empfehlen unseren Lesern die neue Wochenschrift

## In freien Stunden.

Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk.

Preis pro Heft nur 10 M.

Zur Zeit erscheint der kunstvoll und reich illustrierte Roman

1793 von Victor Hugo

voll packender Schilderungen aus der großen französischen Revolution.

Man abonniert bei der Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin, Benthstraße 2, oder bei jeder anderen Partebuchhandlung oder bei der Post (Postzeitungskatalog für 1897, Nachtrag I, 3537 a).

Hefte 2 und 3 sind erschienen.

## In unseren Jahresinseraten.

Wir haben bereits in der Nr. 50 des „Zimmerer“ 1896 darauf hingewiesen, daß wir in Bezug auf die Jahresinsetrate technische Veränderungen müssen eintreten lassen, welche die Veränderung einzelner Inserate im Laufe eines Quartals unmöglich machen. Wir können leider die Neuerung noch nicht eintreten lassen, weil die meisten Inserenten, von denen wir mit einiger Sicherheit annehmen, daß ihr Inserat stehen bleiben soll, weder die Insertionsgebühren (M. 8 pro Jahr) eingekandt, noch irgend welche Mittheilung nach hier haben gelangen lassen. Wir müssen nochmals dringend darum bitten und zugleich bemerken, daß Inserate, für welche bis 1. Februar die Insertionsgebühren hier nicht eingehen, fortbleiben. Extra-Anfragen unsererseits erfolgen nicht mehr.  
 Die Expedition des „Zimmerer“.

## Verkehrslöfale, Herbergen usw.

**Altona a. d. E.** Verkehrslöfale und Herberge bei Chr. Sievers, Lohmühlenstraße 36.  
 — Verkehrslöfale bei Carl Fischer, Wilhelmstraße 37.  
**Berlin, N.** Chr. Fügenfeld, Bergstr. 60, Restaurant. Arbeitsvermittlung. Zahlstelle des Verbandes, Bezirk 6, Sonntags Vormittags von 10—12 Uhr. Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.  
 — W. Bippke, Markusstraße 14, Eingang Grünerweg, Restaurant. Arbeitsvermittlung. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer, Bezirk 3, Sonntags Vormittags von 8½—12 Uhr, Sonnabends und Montags Abends von 8½—10 Uhr.  
 — C. Fürstenau, SO., Mantel- und Reichenbergerstraßen-Ecke, Restaurant. Arbeitsvermittlung. Zahlstelle des Verbandes, Bezirk 2, Sonntag Vormittags von 10—12 Uhr.  
 — V. Jaller, Ballasstraße 16, Restaurant. Arbeitsvermittlung. Zahlstelle des Verbandes, Bezirk 1, Sonntags Vormittags von 10—12, Montags Abends von 8—10 Uhr. Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer, Montags Abends von 8—10 Uhr.  
 — Verbandslokal und Arbeitsnachweis für Bezirk 3 bei Rothe, Kreuzbergstraße 12, zugleich Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer, Sonntags, Vormittags von 8—12 Uhr.  
**Böhm.** Herberge 6, Gastwirth Krüger, Schützenbahn 8.  
**Bremen.** Verkehrslöfale und Herberge bei Carl Fischer, Tiefer 30.  
**Breslau.** Verkehrslöfale und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse: Oberstr. 3, „Grüner Hühn“. Zentralherberge „In den drei Tauben“, Neumarkt 8.  
**Bergedorf.** Zentralherberge und Verkehrslöfale bei Joh. Weg, Töpferwiete 8.  
**Charlottenburg.** Dienstag nach dem 1. u. 15. jed. Mon. Versammlung und Zahlabend der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer. Arbeitsvermittlung, Verkehrslöfale und Zentralherberge bei Leder, Bismarckstr. 74.  
 — Verkehrslöfale und Arbeitsvermittlung für Zimmerer bei E. Hohmuth, Krummstr. 41, Ecke der Pestalozzistr.  
**Crimmitschau.** Verkehrslöfale und Herberge bei Karl Ahnert, Johannesplatz. Jeden Sonntag werden von 11—1 Uhr Mittags Beiträge entgegengenommen.  
**Cöpenitz.** Verkehrslöfale bei Aug. Troppe, Grünstr. 68. Sonntags nach dem 15. jedes Monats Auflage.

**Danzig.** Verkehrslöfale und Zahlstelle des Verbandes Große Mühlengasse 9. Alle 14 Tage Versammlung der Zahlstelle des Verbandes und der Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse.

**Dresden.** Verkehrslöfale und Zahlstellen des Verbandes:

Bezirk 1. Behl's Restaurant, Mittelstraße 6.

Bezirk 2. „Albrechts-Hof“, Albrecht- und Seidenherstraßen-Ecke.

Bezirk 3 (Neustadt). Zimmermann's Restaurant, Schönbrennstraße 1.

Bezirk 4 (Striesen). Restaurant „Deutsche Eiche“, Huttenstraße 1.

Geschäftskunden in allen Zahlstellen sind jeden Sonnabend im Winter (Oktober bis März) von 7—9 Uhr, im Sommer (April bis September) v. 8—10 Uhr Abends.

Herberge: Sell's Gasthaus, Kleine Bräutigasse 17.

Essen a. d. Ruhr. Verkehrslöfale bei J. Repper, Rotstraße 18 („Volkstheater“).

**Friedrichshagen.** Verbandslokal und Herberge bei Mag. Verhe, Rundthell. Sonntags nach dem 1. eines jeden Monats, Nachmittags 3 Uhr, Auflage.

**Hamburg.** Zentralherberge: Bid (vormals Diehl), Große Rosenstraße 37.

**Hamburg-St. Georg.** Wittwe Lange, Berlinerthor 23, Verkehrslöfale.

**Hamburg-Warmbeck.** Verkehrslöfale für Zimmerer. Rud. Ederbrod, Hamburgstr. 134, gegenüber der Elbstraße.

— D. Niemeier, Wandsbekerstraße 129, 1. Etage. Vermietung von Zimmererwerkzeug.

**Hamburg-Silbeck.** Verkehrslöfale für Zimmerer bei F. Witten, Wandsbeker Chaussee 156.

**Hamburg-Eimsbüttel.** Fr. Lemde, Verkehrslöfale Belle-Alliancestr. 49.

— Carl Hesse, Verkehrslöfale, Eimsbütteler Chaussee 74.

**Hamburg-Rothendamm.** Th. Rohlf, Bülhorners Althendamm 209, Keller. Verkehrslöfale f. Zimmerer.

**Hamburg-Winterhude.** Herzberg Wwe., Ohlsdorferstraße 7, part. Verkehrslöfale für Zimmerer.

**Hannover.** Versammlungslokal und Zentralherberge bei Bolte, Neuestr. 27.

**Harburg.** Versammlungslokal der Zimmerer u. Zentralherberge bei Herrn Lüssenhop, erste Bergstraße 7.

**Heilbronn.** Jeden Sonntag nach dem Vohntage, Nachmittags 3 Uhr, Versammlung. Verkehrslöfale, sowie Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer im „Gasthaus zur Rose“, Marktplatz.

**Herne.** Versammlungslokal und Herberge bei Kuebrink, v. d. Heydstraße.

**Kellinghusen.** Herberge und Vereinslokal S. Brage, „Volkshaus“.

**Kaufuhr.** Verkehrslöfale und Zahlstelle des Verbandes Neuschottland 11, „Zum rothen Hahn“.

**Leipzig.** Verkehrslöfale, Arbeitsnachweis, Fremdenherberge und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse im Universitätskeller, Mittelstr. 7; für Lindenau-Platz bei Zeidler, Ecke der Merseburger- und Weissenfellerstraße. Kassirer der Zentral-Krankenkasse: Joseph Frey, Leipzig, Reudnitz, Leipzigerstraße 3, und August Kaiser, Friedrichstraße 41.

**Löbtau.** Jeden Sonnabend und außerdem Mittwochs nach dem 1. und 15. eines jeden Monats: Zahlabend im Restaurant „Zum Lindenhof“, Lindenstr. 55.

**Ludwigshafen.** Die Zentralherberge befindet sich in der Bismarckstraße Nr. 1.

**Lübeck.** Verkehrslöfale: Fr. Spahrman, Hundestr. 101. Arb.-Nachw.: Wilhelm Carmon, Markesgrube 8, II.

**Mainz.** Verkehrslöfale Restauration „Zur Wanz“, Pfaffengasse. Jeden ersten Sonntag im Monat Versammlung; an den übrigen Sonntagen werden Beiträge entgegengenommen, letzteres auch für die Zentral-Krankenkasse der Zimmerer. Die Zentralherberge befindet sich „Zur Stadt Worms“, Rothelopsgrasse.

**München.** Das Verkehrs- und Versammlungslokal des Lokalverbandes bef. sich im „Passauer Hof“, Dultstr. 4. Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, Vormittags 10 Uhr, findet hier Versammlung statt, sowie Entgegennahme der Beiträge für die Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.

**Pankow.** G. Gauer, Ecke Spandauer- und Schönhofstraße, Verkehrslöfale. Sonntags nach dem 1. und 15. jedes Monats, Vormittags 9—12 Uhr, werden Verbandsbeiträge entgegengenommen.

**Rigsdorf.** Verkehrslöfale, Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse: B. Anders, Richardstr. 112.

**Rostock.** Verkehrslöfale für die Verbandsmitglieder und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei Wendland, Beguinenberg 10.

**Schwerin.** Verkehrslöfale und Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse: Gr. Moor 49.

**Stettin.** Verkehrslöfale u. Zahlstelle des Verbandes, sowie Zahlstelle der B.-K. der Zimmerer bei F. Weiskopf, Bismarckstraße 10. Zentralherberge: Gr. Bastab 14.

**Stuttgart.** Zentral-Herberge u. Zahlstelle des Verbandes im „Gasthaus zum Hühn“, Hühnstr. 14. Verkehrslöfale u. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse Holzstr. 18.

**Wilhelmshagen.** Verkehrslöfale und Herberge beim Gastwirth Ad. Riedmann, Reiterstieg, Vogelshüttenweg 281.

**Wilhelmshaven.** Verkehrslöfale u. Herberge im Vereins- und Kongresshaus „Zur Arche“ in Vant. Arbeitsnachweis bei G. Gerdes, Neue Wilhelmshavenerstr. 4.

**Wolgast.** Verkehrslöfale und Herberge beim Gastwirth Schulz, Schloßplatz.

**Würzburg.** Verkehrslöfale und Arbeitsnachweis des Verbandes: Sanderstraße 35, Zentralherberge.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.